

Verkehr – Wahlkampf – Flucht

BERLIN IN BEWEGUNG

» Mieterstadt Berlin:
Mehr sozialer Wohnungsbau ist nötig

» Gesundheitsstadt Berlin:
Bessere Versorgung direkt im Kiez

STÄDTLICHE GRÜNE
ARGUMENTE

Inhalt

MOBILITÄT

Editorial	3
Volksentscheid Fahrrad: BürgerInnenbewegung für eine lebenswerte Stadt	6
ÖPNV: Schneller und preisgünstiger mit Grün	8
Mobilität 2028: Mehr Stadt zum Leben	10
Mobilität in den Städten Europas: Viele sind weiter als Berlin	11

AKTUELLES

Grüner Wahlkampf: Grün pur und sonst nichts	12
Koalitionserfahrungen: Rot-Grün in Pankow	14
Schwarz-Grün in Reinickendorf	15
Populistische Parolen im Wahlkampf: Herausforderung von rechts	16
„Du gehörst umgelegt, Du Ratte!“: Online-Hetze gehört zum Politikeralltag	17
Gutes Wohnen für alle: Bezahlbare Mieten sind Voraussetzung für ein soziales Berlin	18
Geflüchtete in Berlin: Es bleibt viel zu tun	20
Gesundheitsversorgung: Mehr ambulant und nah am Kiez	22
Die Hälfte der Macht den Frauen: Wir wollen, dass Ihr gehört werdet!	24
Wir sagen Danke!	25

AUS DEN KVEN UND LAGEN

Friedrichshain-Kreuzberg: 30 Jahre AL Kreuzberg	26
Abschied von Werner Orłowski	26
Spandau: Neustart im Westen	27
Treptow-Köpenick: Gewerbstandorte intelligent entwickeln	28
Friedrichshain-Kreuzberg: Gerhard-Hauptmann-Schule wird zum Erfolg	28
Marzahn-Hellersdorf: Stadtteilmütter gegen Mutlosigkeit	29

AUS DER FRAKTION

Die Senatskanzlei, McKinsey und ein Ex-Staatssekretär: Affäre Diwell	30
Stromnetz: Senat macht fifty-fifty mit Vattenfall	30
Keine Karenzzeit für SenatorInnen: Gefahr von Absprachen bleibt	31
Ladenöffnungszeiten: I love my Späti – jeden Tag	32
Massentierhaltung und die Folgen: Wo wächst mein Fleisch?	33
In eigener Sache: Abschied von Christine Dörner	32

RUBRIKEN

Impressum	34
Spendenaufruf	34
Lokale AnsprechpartnerInnen	34
Inhaltliche AnsprechpartnerInnen	35
Termine	35



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Berlin ist in Bewegung – in vielerlei Hinsicht. Wie die Mobilität für Menschen in der wachsenden Stadt gesichert werden kann, und zwar klimafreundlich und umweltschonend, ist eine der zentralen Herausforderungen für unsere Stadt. Deswegen widmen wir uns in dieser Ausgabe der Stachligen Grünen Argumenten ausführlich dem Thema moderne Mobilität. Die Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ zeigt, dass die Verkehrspolitik erstens sehr viele Menschen umtreibt und zweitens, dass die meisten von ihnen mit der herrschenden Verkehrspolitik unzufrieden sind.

Aber auch politisch ist Berlin in diesem Jahr in Bewegung: Wenn im September ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird, besteht die Chance, die Koalition aus SPD und CDU endlich abzuwählen. Selten war der Widerspruch zwischen einer dynamischen Stadt und dem Stillstand in der Landespolitik deutlicher als in den vergangenen Jahren großer Koalition. Wir werfen einen Blick voraus auf den Wahlkampf – in dem von grüner Seite aus nicht zufällig das Thema „moderne Mobilität“ eines der zentralen Themen sein wird.

In den vergangenen Monaten sind Tausende von Menschen vor Krieg und Terror nach Berlin geflohen. Unterbringung und Integration der Geflüchteten sind Mamutaufgaben, die der Senat meistens eher schlecht als recht anpackt. Auch dieses „Berlin in Bewegung“ gilt es zu gestalten, damit die Potenziale der wachsenden Stadt genutzt werden können. Wir wünschen wie immer viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Kritik und Anregungen,

die Redaktion
(stachlige-argumente@gruene-berlin.de)

P.S.: Die nächste Ausgabe der Stachligen Grünen Argumente wird erst im Winter erscheinen.

Die U-Bahn an der Oberbaumbrücke. Zwei bekannte Berliner Gesichter.

In Berlin steigen immer mehr Menschen aufs Fahrrad – besonders deutlich wird das, wenn im Frühjahr und Sommer Trauben von RadfahrerInnen an den Ampeln stehen. Viele von ihnen sind mit der Rad- und Verkehrspolitik des Senats extrem unzufrieden – und tragen diese Kritik auch nach außen, zum Beispiel indem sie sich zur „critical mass“, zur „kritischen Masse“ zusammenfinden und zeigen: Gemeinsam sind wir unübersehbar, auch im Dunkeln.

Die Critical Mass rollt über das Tempelhofer Feld.
Foto: Kalle Erlacher



Volksentscheid Fahrrad

BürgerInnenbewegung für eine lebenswerte Stadt

Seit die Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ Ende 2015 an die Öffentlichkeit ging, ist endlich wieder neuer Schwung in die Debatte um die Berliner Verkehrspolitik gekommen. Die Politik rund um SPD-Verkehrssenator Geisel und Staatssekretär Gaebler ist merklich aufgeschreckt, hatte man zuvor Probleme doch jahrelang ignoriert und ausgesessen.

Seinen Ursprung hat der Volksentscheid im Sommer 2015. AD-FC-Vorstand Frank Masurat rief verschiedene Fahrrad-Initiativen Berlins zusammen, um gemeinsam die Wahl 2016 zu begleiten. Dabei schlug Heinrich Strößenreuther, Gründer der Initiative „Clevere Städte“, vor, in einem Workshop Ziele für einen Volksentscheid zu erarbeiten. Aus 130 Vorschlägen der über 30 TeilnehmerInnen kristallisierten sich im November zehn heraus. Am Ende stand fest: Es gibt genug Energie und Bereitschaft, das ehrgeizige Vorhaben anzugehen.

Plattfuß für die Berliner Radpolitik

Seit Jahren ist unübersehbar: Das Fahrrad hat sich in unserer Innenstadt (wieder) zu einem Massenverkehrsmittel entwickelt. Selbst im Winter steigen viele weiter aufs Rad. Doch die Politik hinkt der Realität hinterher. Während auf den Straßen eine Revolution auf zwei Rädern stattfindet, schreibt die regierende SPD den Weiterbau der A100 in ihr Wahlprogramm!

Große Veränderungen sind nicht zu erwarten. „Wir machen doch schon ganz viel.“ „Man kann Radverkehr nicht per Gesetz beschließen.“ „Wir dürfen nicht eine Verkehrsart radikal gegenüber einer anderen bevorzugen.“ So lauten die immer gleichen Ausreden

für die faktische Untätigkeit: In den letzten fünf Jahren sind rund 4,5 Millionen Euro für Radverkehr einfach verfallen.

Hier fehlt politischer Umsetzungswille in Sachen Radverkehr. Regierender Bürgermeister und viele Behörden sind noch immer geprägt von der Westberliner Automobilität der 80er. Solange diese Mentalität regiert, wird das Fahrrad nicht zur Chefsache und Verkehrspolitik weiter nach dem Motto „Weiter so“ gemacht. Eine Strategie, die in einer wachsenden Stadt wie Berlin jedoch zum Scheitern verurteilt ist.

Denn an vielen Stellen der Stadt sind die Zustände für RadlerInnen weiterhin unerträglich und gefährlich. Radinfrastruktur wird dort gebaut, wo es gerade passt und keine Flächenkonflikte mit dem Auto geführt werden müssen. Rund 50 Prozent aller Hauptstraßen haben gar keine Radinfrastruktur. Und die seit einigen Jahren beliebten, aufgepinselten Linien sprechen nur mutige RadlerInnen an, aber nicht unsichere oder GelegenheitsradlerInnen oder gar das zehnjährige Kind, das nicht mehr auf dem Gehweg fahren darf.

Andere Metropolen machen es vor

Mittlerweile schauen die BerlinerInnen neidisch ins europäische Ausland, wo immer mehr Städte merken, dass Verkehrsprobleme, hohe Unfallzahlen, Klimawandel und Luftverschmutzung nur mithilfe des Fahrrads bewältigt werden können. Madrid, Barcelona, London, Paris, Oslo und viele andere wollen Amsterdam und Kopenhagen den Titel Fahrradstadt streitig machen. Dort gibt es die politische Bereitschaft, eine zukunftsfähige Stadt zu gestalten.



Zu oft zu eng für RadfahrerInnen auf Berlins Straßen
Foto: Volksentscheid Fahrrad/Norbert Michalke

Dass Berlin bei dieser Entwicklung längst abgehängt ist, zeigen konkrete Zahlen: Das Radverkehrsbudget beträgt hier nur etwas mehr als zehn Millionen Euro pro Jahr. Andere Großstädte geben hingegen ein Vielfaches pro Kopf für Radverkehr aus – meist 15 bis 25 Euro pro EinwohnerIn und Jahr.

Die Folge dieser Politik sind zunehmend frustrierte Radfahrende, die sich die organisierte Taten- und Verantwortungslosigkeit nicht länger bieten lassen wollen. Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, nennt den Volksentscheid Fahrrad „Notwehr“ gegen die Politik des Senates.

Wenn der Wille in der Politik fehlt, müssen die BürgerInnen ran

Die Arbeit der Initiative hat schnell Fahrt aufgenommen: Wir sind mittlerweile mehr als 100 Aktive und rund 1000 Sammel-UnterstützerInnen. Unsere Stärke ist das hohe Tempo und die Flexibilität der Arbeitsweise. Hier trifft moderne Berliner Start-up-Kultur auf professionelles Großprojekt-Management, Beratungsexpertise wird kombiniert mit dem Wissen von erfahrenen WahlkämpferInnen und klassischer Verbandsarbeit. Die meisten Aktiven in unserem Führungsteam sind im Berufsleben Profis in den Bereichen, die sie für den Volksentscheid übernehmen.

Wir vertreten den Umweltverbund

Die Initiative Volksentscheid Fahrrad ist eine breite BürgerInnenbewegung, die für die Mehrheit der Stadtgesellschaft spricht. Sie wird mittlerweile von prominenten Verbänden unterstützt: dem Fahrgastverband PRO BAHN, Greenpeace Deutschland und Berlin, der LandesschülerInnenvertretung, FUSS e.V. und natürlich vom Berliner AD-FC, dessen Mitglieder ein klares Votum zur Unterstützung des Radentscheids abgegeben haben.

Diese breite Unterstützung macht deutlich: Die fahrradfreundliche Stadt geht einher mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr und sicheren Bedingungen für FußgängerInnen. Ein starker Umweltverbund ist die Basis einer lebenswerten Stadt. Dies bestätigt auch eine Studie des Bundesumweltministeriums, in der sich 82 Prozent der Befragten weniger Pkw-Verkehr in den Städten wünschen und ihre Ziele lieber

mit dem Rad erreichen möchten.

Das Thema Fahrrad berührt zentrale Fragestellungen unserer Gesellschaft: „Gibt es Alternativen zu Lärm, Luftverschmutzung, den vielen Verkehrstoten?“ „Wie bremsen wir den Klimawandel?“ „Wie können wir dem dramatischen Bewegungsmangel in weiten Teilen der Bevölkerung vorbeugen?“ Das Fahrrad kann zur Bewältigung all dieser Herausforderungen einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wie geht es weiter mit dem Radentscheid?

In ihren ersten Monaten haben wir den Fokus auf das Schreiben des ersten deutschen Radgesetzes gelegt. Begleitet wurde dies von professioneller Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. So konnte bereits vor Beginn des Unterschriftensammelns enormer öffentlicher Druck erzielt werden, der die Berliner Verkehrspolitik merklich nervös machte. Die Einbeziehung der Initiative in die „Aktuelle Stunde“ im Abgeordnetenhaus und die generelle Verhandlungsbereitschaft des Senats zeigen, dass ein „Weiter so“ in der Berliner Verkehrspolitik nicht mehr möglich ist!

Seit Mai 2015 läuft die heiße Phase: 20 000 Unterschriften werden im ersten Schritt benötigt. Doch die Frage ist nicht, ob dieses Ziel erreichbar ist, sondern in welcher Zeit und um wie viel diese Marke übertroffen wird. Denn eines haben wir in den letzten Monaten vielfach zu spüren bekommen: Es herrscht großer Unmut unter den Berliner Radfahrenden. Das setzt gewaltiges Engagement frei.

TIM BIRKHOLZ, PHILIPP SANDERHOF
MITGLIEDER DES KERN-
TEAMS DER INITIATIVE

10 Kernziele des Radverkehrsgesetzes:

- » 350 km sichere Fahrradstraßen auch für Kinder
- » 2 m breite Radverkehrsanlagen an jeder Hauptstraße
- » 25 gefährliche Kreuzungen pro Jahr sicher umgestalten
- » transparente, schnelle Mängelbeseitigung
- » 200 000 mal Fahrrad-Parken an ÖPNV-Halten & Straßen
- » 50 grüne Wellen fürs Fahrrad
- » 100 km Radschnellwege für den Pendlerverkehr
- » Fahrradstaffeln & eine SoKo Fahrraddiebstahl
- » mehr Planerstellen & zentrale Fahrradabteilungen
- » Berlin für mehr Radverkehr sensibilisieren

Weitere Infos und Mitmachmöglichkeiten gibt es unter volksentscheid-fahrrad.de.

Öffentlicher Personennahverkehr

Schneller und preisgünstiger mit Grün

Die aktuellen Senatspläne klingen vielversprechend nicht nur für die AnliegerInnen: Vom U-Bahnhof Wittenau wird die Strecke um knapp zwei Kilometer verlängert bis ins Märkische Viertel. Das Ergebnis: Die U8 verbindet die Großsiedlung im Berliner Norden mit ihren rund 40 000 Menschen mit dem Zentrum von Neukölln im Süden von Berlin. Versprochen hatten die StadtplanerInnen des Senats eine solche Verbindung ja bereits beim Bau des Märkischen Viertels – also ab 1963. Soll das nun tatsächlich eingelöst werden? Inzwischen würde das allerdings mindestens 80 Millionen Euro kosten.

Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher der bündnisgrünen Abgeordnetenhausfraktion gibt zu bedenken: Mit dem Bau einer neuen Straßenbahnlinie ab U-Bahnhof Wittenau könnte man den gleichen Effekt für einen Bruchteil dieser Summe erzielen. Mit diesem kostensparenden Vorschlag untermauert der grüne Verkehrspolitiker einen seiner zwei zentralen Kritikpunkte an der Verkehrspolitik des Senats: Der denke fast nur in der Kategorie teurer Großprojekte, habe keinen Blick für die „kleinen“ Lösungen eines Problems. Der andere Kritikpunkt: Allen Lippenbekenntnissen zum öffentlichen Nah- und auch Radverkehr zum Trotz fließen die meisten Investitionsmittel immer noch in den Straßen- und Autobahnbau, kommen vor allem dem individuellen Autoverkehr zugute.

Neue Straßenbahnen für eine wachsende Stadt

Natürlich würde auch eine von grüner Handschrift geprägte Verkehrspolitik im wachsenden Berlin nicht ohne Großprojekte auskommen. Manches Großpro-

jekt könnte sogar etwas größer ausfallen, als es unter dem SPD-CDU-Senat angedacht war. Bei der ohnehin schon beschlossenen Verlängerung der von und zum Hauptbahnhof führenden Straßenbahnlinie M 10 muss man es doch nicht belassen, meint Gelbhaar, hält einen Weiterbau bis zum Tegeler Feld, dem künftigen Technologiepark, für sinnvoll. Auch in die andere Richtung kann sich Gelbhaar eine Verlängerung vorstellen. Dann bekäme der Hermannplatz, die zentrale Schnittstelle von Kreuzberg und Neukölln, seine direkte Tram-Verbindung mit dem Hauptbahnhof.

Ein weiteres sinnvolles „Großprojekt“: Eine Straßenbahnlinie vom Alex über das Kulturforum bis nach Steglitz. Die könnte sogar einige Buslinien ersetzen und – bei Verkehrsprojekten ungewöhnlich – die Investitionskosten in einem überschaubaren Zeitrahmen von zehn Jahren wieder einspielen. Im Betrieb ist die Straßenbahn schließlich preisgünstiger als der Bus.

Vorfahrt für die Großen Gelben und die Tram

Solche Großprojekte allein machen grüne Verkehrspolitik aber noch nicht aus. Das Grundprinzip jeder Maßnahme muss lauten: Der öffentliche Nahverkehr hat Vorrang vor dem Individualverkehr, muss beschleunigt werden. Das bedeutet zum Beispiel an den Ampelkreuzungen: Nähert sich ein Bus oder eine Straßenbahn, wird die Ampel auf Grün geschaltet. Das spart die Zeit der Fahrgäste und das Geld der BVG. Schließlich werden Bahn und Bus durch diese Vorrangschaltung schneller, lassen sich so die Taktzeiten verkürzen, kommt man auf etlichen Linien mit weniger Waggons und

BVG und S-Bahn in Zahlen: Insgesamt rund 1 900 Kilometer lang ist das Streckennetz des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Berlin, bestehend S-, U-, Straßen- und Regionalbahn, dazu den Buslinien. Zusammen befördern die Unternehmen des ÖPNV rund 1,4 Milliarden Fahrgäste jährlich, eine Milliarde davon die BVG.

Bussen aus, lassen sich die auf anderen Strecken einsetzen.

Neu ist die Idee der Vorrangschaltung übrigens nicht und bei Großveranstaltungen hat man auf einigen Routen, etwa in der Greifswalder Straße, damit schon positive Erfahrungen gemacht, weiß Stefan Gelbhaar. Nur: Weiter verfolgt und ausgeweitet wurde dieser Ansatz nicht.

Unerlässlich für eine Beschleunigung des öffentlichen Nahverkehrs: Busspuren – möglichst breiter als bisher und zeitlich ausgeweitet – werden nicht nur beschlossen und auf der Fahrbahn markiert, sie werden auch durchgesetzt. Das gegenwärtige Wegsehen von Polizei und Ordnungsämtern, wenn parkende Autos die Busspur blockieren, dürfe nicht weiter praktiziert werden. Hier müssten die Abschleppdienste schneller zur Stelle sein, fordert der grüne Abgeordnete. Außerdem: Wo immer es die Führung der Gleise zulässt, sollten auch die Busse auf der Bahntrasse fahren, gegebenenfalls auch auf einem Mittelstreifen. Solche raumsparenden Lösungen nutzen allen VerkehrsteilnehmerInnen.

In der Warteschleife der zentralen Bürokratie

Ein wesentliches Problem der Berliner Verkehrspolitik hat aber nur wenig mit Straßenführungen, Bus-, U- und Straßenbahnlinien zu tun. Das ist bürokratischer Natur, liegt in der Verkehrslenkung Berlin (VLB), einer zwar dem Verkehrssenat unterstehenden, aber eigenständigen Behörde, die im Lauf der Jahre über alle Parteigrenzen hinweg zum roten Tuch zumindest der VerkehrspolitikerInnen in den Bezirken geworden ist. Denn wann immer eine Bezirks-



Wie sieht das Nahverkehrsticket der Zukunft aus?
Foto: hanohiki

verordnetenversammlung den Wunsch nach einem Zebrastreifen oder einem Radweg äußert: Das letzte Wort liegt bei der VLB. Da landen die Wünsche der KommunalpolitikerInnen aber erst einmal in der Warteschleife.

Erst hatte der Senat den grünen Vorstoß zur Aufstockung des hoffnungslos ausgedünnten Personalbestandes der Behörde abgeschmettert, dann nach Protesten auch der Wirtschaft doch nachgegeben. Bei ihrem Nein blieb die SPD-CDU-Koalition jedoch gegenüber den anderen beiden grünen Anträgen zur VLB. Darin hatte die grüne Fraktion gefordert: Was ein Bezirk selbst regeln kann, muss er auch selber regeln dürfen, nicht erst über

die VLB laufen lassen. Und: Die VLB braucht ein Leitbild, das die Interessen des Umweltverbundes klar über die Interessen des individuellen Motorverkehrs stellt. Davon wollte der Senat ebenfalls nichts wissen.

Sozial gerecht und bezahlbar für alle

Ob die BürgerInnen die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs annehmen oder nicht, hängt letztlich nicht allein von der Geschwindigkeit, sondern auch von den Preisen ab. Und die sind derzeit für viele Menschen, die eigentlich auf Bahn und Bus angewiesen wären, eindeutig zu hoch.

Dagegen in der Diskussion der grünen VerkehrspolitikerInnen: Das BürgerInnen-Ticket. Das Modell: Jede BerlinerIn, jeder Berliner – ausgenommen die, die aus sozialen Gründen von der Abgabe befreit sind – zahlt monatlich pauschal 15 Euro. Dafür dürfen Busse und Bahn dann auch ohne weiteren Aufpreis genutzt werden, nur nicht in der Hauptverkehrszeit zwischen sieben und zehn Uhr morgens. Wer auch da unterwegs sein muss, benötigt einen extra Fahrschein oder ein Umweltticket. Das könnte bei einem solchen Modell aber immerhin 25 Euro günstiger als jetzt sein, wäre also für den regelmäßigen Fahrgast immer noch ein klarer Gewinn.

D. FRITZ

Mobilität 2028

Mehr Stadt zum Leben

Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen und mit immer mehr EinwohnerInnen in Berlin gesund leben wollen, brauchen wir eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik. Mit einem „Gleichgewicht der Verkehrsarten“, wie es Senator Geisel vor-schwebt, ist die Herausforderung nicht zu meistern. Zu schwer wiegen die Folgen einer jahr-zehntelangen Bevorzugung des Autoverkehrs. Grüne Verkehrs-politik muss die Frage beantwor-ten: Welche Konzepte sind so wirksam, dass die notwendige Entlastung für Menschen, Um-welt und Klima erreicht wird?

Dieser Frage ist die „AG Mobilität 2028“ aus grünen Fachleuten, unterstützt durch externen Sachverstand, nachge-gangen und hat das Verkehrs-konzept „Mehr Stadt zum Leben“ erarbeitet. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass in erheb-lichem Umfang von der Auto-nutzung zum Umweltverbund gewechselt werden muss: zu Fuß gehen, Radfahren, öffent-liche Verkehrsmittel. Denn die Entwicklung emissionsfreier Autos ist zwar unerlässlich, kann jedoch in absehbarer Zeit wenig zur Entlastung beitragen. Für den Flächenverbrauch und die Verkehrssicherheit bietet sie zudem keine Lösung.

Alternativen zum Auto attraktiver machen

Die notwendige Verhaltens-änderung soll jedoch nicht durch Verbote erreicht werden. Vielmehr geht es darum, um-weltfreundliche Mobilitätsan-gebote so zu gestalten, dass ihre Nutzung für immer mehr Menschen attraktiv wird. Dabei knüpfen wir an bereits exis-tierende Trends an: Der Besitz eines eigenen Autos verliert bei jungen Leuten an Bedeutung, Carsharing erfreut sich wachsen-

der Beliebtheit und in Berlin hat sich der Radverkehrsanteil inner-halb weniger Jahre verdoppelt.

Das Konzept „Mehr Stadt zum Leben“ stellt den Menschen zu Fuß in den Mittelpunkt. Die Rückgewinnung von Bewe-gungsfreiheit und Flächen im Straßenraum, Abbau von Barri-eren und Umwegzwängen, bes-sere Beleuchtung sowie die Re-duzierung von Konflikten durch die Verlagerung von Radwegen schaffen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Plätze und Straßen, die zum Verweilen einladen, steigern nicht nur die Kinderfreundlichkeit, sondern kommen auch der wachsenden Anzahl älterer Menschen zugute.

Die Beschleunigung des öffentlichen Nahverkehrs ist der entscheidende Hebel, Fahrgäste zu gewinnen, die heute noch viel Zeit im eigenen Auto verbringen. Dazu gehört die möglichst effek-tive Erweiterung des Tramnetzes in die Westbezirke genauso wie die Verkürzung der Takte, um Warte- und Wegezeiten spürbar zu verringern. Mit konsekuen-tem Vorrang werden Tram und Bus so schnell und zuverlässig, dass auch für Autolieb-haberInnen die Vorzüge dieser Verkehrsmittel offensichtlich werden.

Für den Radver-kehr wird jeweils ein stadtweites Netz der „schönsten“ und der „schnellsten“ Wege vorgeschlagen, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Mit besserer Verkehrssicherheit soll der „Vision Zero“ für Verkehrsoffer näher gekommen werden. Zur Bewältigung des Lieferverkehrs werden integ-rierte Stadtlogistik-Konzepte zum Zwecke der Reduzierung

und Verlagerung auch auf Lastenräder vorgeschlagen.

In der Summe ermöglichen die Maßnahmen des Konzepts bis zum Jahr 2028 die Halb-ierung des Autoverkehrs in Berlin. Voraussetzung aber dafür ist, dass grüner Sachverstand in den künftigen Senat einzieht. Die notwendigen Weichenstel-lungen müssen schnell und gezielt erfolgen, wenn Berlin seinen Beitrag zur Umsetzung der Pariser Klimaziele zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad leisten will.

MATTHIAS DITTMER
UND JOACHIM SCHMITT

Das vollständige Konzept der „AG Mobilität 2028“ findet sich hier: <http://gruenlink.de/15mp>



Mobilität in den Städten Europas

Viele sind weiter als Berlin

Berlin soll Fahrradstadt werden. Das will der rot-schwarze Senat genau wie wir Bündnisgrüne. In seiner Fahrradstrategie hat der Senat auch viele schöne Ideen dar-gestellt – den Worten folgen aber keine Taten. Im Gegenteil: Der Fahrradanteil im Haushalt sollte sogar gekürzt werden.

Dabei könnte die hochver-schuldete Stadt langfristig sogar Geld sparen. Eine Studie in Helsinki belegt, dass man für jeden Euro, der in die Fahrradin-

frastruktur investiert wird, acht Euro zurückbekommt. Zudem wird das Klima geschützt, weil in der Stadt der Verkehr für 70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen verantwortlich ist. Da in den deutschen Städten – so der einstige Bundesver-kehrsminister Peter Ramsauer – 90 Prozent aller Autofahrten kürzer als sechs Kilometer sind und im dezentralen Berlin die Durchschnittsgeschwindigkeit der Autos nur 19 Kilometer pro Stunde beträgt, ist man mit dem Rad auch noch schneller am Ziel.

Renaissance der Straßenbahn

Aber nicht nur das Fahrrad – auch die Straßenbahn erlebt weltweit eine Renaissance. Während in Deutschland noch Straßenbahnen stillgelegt wurden, gelang deren Wie-dereinführung etwa in Paris, Bordeaux, Montpellier, Nizza, New York, Houston, Los Angeles, London, Edinburgh und im spanischen Vitoria Gasteiz. Nur in Berlin wird seit Jahrzehnten auf die Bremse getreten.

In den Plenarwochen des Europäischen Parlamentes erlebe ich die Straßenbahn in Straßburg, die mittlerweile alle Ortsteile erschließt und zusammen mit dem Radver-kehr die oberste Priorität genießt. Außerdem wird hier grenzüberschreitend gedacht: An der Verlänge-rung über den Rhein nach Kehl wird schon gebaut, die Einweihung steht bevor.

Daran sollte sich Berlin ein Beispiel nehmen. Denn in 25 Jahren sind nur

ganze zwei (!) „grenzüberschrei-tende“ Straßenbahnverbindun-gen gebaut worden. Dabei hatte die Tram das gespaltene Berlin „halbiert“ überlebt. Weil im Ostteil S- und Straßenbahn die Priorität hatten und im Westteil Bus und U-Bahn, war die Stadt auch verkehrspolitisch gespal-ten. Deshalb gab es acht Wende-schleifen vor der Mauer. Wären diese Tram-Linien mit oberster Priorität über den ehemaligen Mauerstreifen bis zum nächsten westlichen U- oder S-Bahnhof verlängert worden, wäre die Stadt nicht nur schnell zusam-mengewachsen, auch das Märki-sche Viertel wäre angebunden.

CDU und SPD wollten für dasselbe Geld lieber in 30 Jahren fünf Kilometer U-Bahn bauen als in zehn Jahren 120 km Straßen-bahn. Warum? Weil die U-Bahn unter der Erde dem Auto ja keinen Platz wegnimmt. Deshalb wird sie favorisiert – koste es, was es wolle! Und so verläuft die neue U-Bahnlinie 5 vom Alexan-derplatz zum Hauptbahnhof pa-rallel zur existierenden U 2 und zur S-Bahn. Sie wird also neue Fahrgäste eher von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln ab-ziehen als vom Straßenverkehr.

Berlin hat das Potential für eine Musterstadt der zukünftigen Mobilität, in der die Mobi-lität gesichert und das Klima geschützt werden kann. Auch deshalb muss der Senat von SPD und CDU abgelöst werden.

MICHAEL CRAMER
MITGLIED IM EUROPAPARLAMENT

Grüner Wahlkampf in Berlin

Grün pur und sonst nichts

Der Countdown läuft: In gut drei Monaten besteht die Chance, die verbrauchte Koalition aus SPD und CDU abzuwählen. Voraussetzung dafür ist ein starkes grünes Ergebnis und zuvor ein grüner Wahlkampf, der die Alternativen aufzeigt. Wir sprachen mit Claudius Brüning, Wahlkampfmanager in der Landesgeschäftsstelle

» Welche Themen werden im grünen Wahlkampf im Vordergrund stehen?

Lebenswertes Wohnen, moderne Mobilität, offene Gesellschaft, gesunde Stadtnatur, starke Familien, zukunftsfeste Finanzen – das sind unsere sechs Schwerpunktthemen. Politisch entschieden, aber auf empirischen Grundlagen basierend. Das heißt natürlich nicht, dass wir zu anderen Themen nichts zu sagen haben, im Gegenteil. Aber wenn man unsere potentiellen Wählerinnen und Wähler danach fragt, welche Themen ihrer Meinung nach in Berlin gerade die politische Agenda prägen, was die wichtigsten politischen Ziele sind, wo man uns dabei dezidiert Lösungskompetenzen zuspricht und wo wir uns klar von unseren politischen Wettbewerbern unterscheiden, dann kommt man an diesen sechs Schwerpunktthemen nicht vorbei.

» Mit welchen Eigenschaften, Bildern oder Werten sollen die Menschen grüne Politik verbinden?

Wir wollen eine zeitgeistige, mutige und moderne Kampagne fahren, die in der Werbestadt Berlin mithalten kann. Grün bis bunt, aufgeräumt in ihrem Look und dabei klar, direkt und appellativ in ihren Botschaften. Bezüglich der Werte geht es letzten Endes doch vor allem eines – um Vertrauen. Und da muss man schon fragen, ob man dieser Großen Koalition in

unserer Stadt vertrauen kann. Ich finde nicht. Das werden wir herausstellen, dabei aber immer auch klar unser Politikangebot aufzeigen. Denn entscheidend ist ja unser Weltbild, nicht unser Feindbild. Welchen konkreten Nutzen haben also die Menschen in unserer Stadt, wenn sie uns wählen? Und da sage ich: Einen auf Vertrauen und gemeinsamen Projekten basierenden Politikstil. Einen Politikstil, der mit den Menschen Politik macht und nicht gegen sie. Einen Politikstil, der von Verantwortung geprägt ist und der verlässlich ist. Und zwar verlässlich gut, nicht verlässlich schlecht.

» Wahlkampfkommunikation soll keine Einbahnstraße sein. Wie wollt Ihr den Dialog mit den Wählerinnen und Wählern führen?

Wir bleiben noch zu oft unter uns. Veranstaltungen, auf denen vornehmlich Grüne Grünen begegnen. Das ist schön, aber damit erreichen wir ja nicht unsere potentiellen Wählerinnen und Wähler. Davon müssen wir wegkommen und neue Formate ausprobieren. Deshalb: Hin zu den Menschen. Auf Feste, zu MultiplikatorInnen. Einbinden, zum Mitmachen einladen – denn Wahlkampf ist ja vor allem eines: Leidenschaft. Darüber hinaus empfehlen wir unseren Kreisverbänden, auf kreative Aktionsideen zu setzen. Aktionen, die starke Bilder erzeugen. Und wir empfehlen, auf BürgerInnenbriefe und einen guten Haustürwahlkampf zu setzen. Denn persönliche Wertschätzung durch persönliche Ansprache, das ist das A und O. Vielerorts wird das ja auch schon richtig gut gemacht. Ansonsten möchte ich dazu einladen, in punkto Kommunikation den einfachen Weg zu wählen. Ich bin ja ein großer Fan der Hirnforschung. Weil unser Gehirn schon etwa 20

Prozent der gesamten Körperenergie verbraucht und folglich Energie sparen will, hat das natürlich auch Folgen für die Art und Weise, wie wir politisch kommunizieren sollten. Unser Gehirn verarbeitet zum Beispiel jede Sekunde Reize und Signale der Außenwelt mit einem Datenvolumen von rund 1,3 Megabyte. Tatsächlich ins Bewusstsein davon kommen aber nur 40 Bit, also 0,00004 Prozent. Heißt: Eine einfache, bildhafte und emotionale Sprache ist extrem wichtig.

» Welche Rolle spielt dabei und allgemein der Online-Wahlkampf?

Unsere potentiellen Wählerinnen und Wähler sind sehr online-affin. In die Online-Kampagne pumpen wir deshalb auch ordentlich personelle und finanzielle Ressourcen. Der beste Online-Wahlkampf bringt Dir aber nichts, wenn er nicht mit der Offline-Kampagne verzahnt ist. Daran arbeiten wir. Wir haben jetzt erst mal unsere neue Homepage an den Start gebracht. Ich finde, die ist richtig gut geworden. Läuft.

» Geht es um „grün pur“ oder um eine bestimmte Koalitionsoption?

Um Grün pur und sonst nichts. Wechselstimmung erzeugen, AnhängerInnen binden und neue Potentiale erschließen, interne Mobilisierung maximieren – das alles bekommt man nicht, wenn man sich mit irgendwelchen Farbspielen beschäftigt. Deshalb volle Konzentration auf uns und unsere potentiellen Wählerinnen und Wähler. Wir müssen ihre Herzen erreichen, müssen Kopf und Herz in unserer Ansprache zusammenführen. Die Menschen müssen unsere Haltung zu ihren Interessen und Werthaltungen fühlen können. Die Konkurrenz interessiert mich da nur wenig. Die ist für mich bis

Wer sich in den Wahlkampf einmischen will, kann sich entweder bei ihrem oder seinem Kreisverband melden – die Kontaktdaten findet Ihr auf den Seiten 34 und 35. Oder Ihr wendet Euch an Frederic Carpenter vom Freiwilligen-Management in der Landesgeschäftsstelle.
Telefon: 030 615 005 47,
frederic.carpenter@gruene-berlin.de



Stärker werden als vor fünf Jahren. Das ist das Ziel.
Foto: Grüne Berlin

zum 18. September nur insofern relevant, als dass ich mich für ihre Angriffsflächen interessiere. Und was danach passiert? Da bin ich ja dann raus – verweise aber gerne auf unsere generelle Linie dazu: Wir schließen nichts aus, die größten Schnittmengen gibt es aber zweifelsohne mit der alten Tante SPD – die mal wieder etwas Tempo braucht.

» Wie werden die Kreisverbände eingebunden? Wo kann man mitmachen?

Wir touren erstmals mit einem Strategietransfer durch unsere Kreisvorstände. Unsere Leute vor Ort sollen ja sehen, was wir uns überlegt haben und was sie von uns erwarten können. Bezüglich mitmachen erst mal eine Bitte an die, die

schon dabei sind: Bleibt dabei. Und an die, die noch passives Mitglied sind: Macht mit, denn jetzt kommt es wirklich drauf an und wir brauchen jede und jeden von euch! Wer mitmachen will, der kann sich einfach direkt bei den Kreisverbänden oder den DirektkandidatInnen melden – oder bei unserem Freiwilligenmanager Frederic Carpenter in der Landesgeschäftsstelle, der sucht für die verschiedensten Aktionen nämlich immer nach Menschen, die Lust haben, sich einzubringen und mitzumachen.

» Welches Ergebnis habt Ihr Euch vorgenommen?

Wachsen und noch stärker werden als 2011. Keine Zahlenspiele. Fokus auf unsere Schwerpunktthemen und die Negativ-

Bilanz des Senats. Und dabei immer geschlossen auftreten. Deutlich vor der Linken sein. Und Beatrix kann mich mal. Nicht die alte Ex-Königin, sondern die von Storch mit ihrer Steinzeitpolitik.

» Also zuversichtlich?

Total. Mit dem „Vollen Programm Berlin“, einem richtig guten Spitzenteam, einer Landesgeschäftsstelle mit echt guten Leuten, mit Kreisverbänden, die echte „Ideenschmieden“ sind und mit Agenturen, die Bock auf Grün haben – das wird gut. Wenn wir das alle zusammen geschlossen bis zum 18. September durchziehen und uns nicht auseinanderdividieren lassen, dann geht da richtig was.

DIE FRAGEN STELLTE MATTHIAS TANG.

Koalitionserfahrungen

Rot-Grün in Pankow

Rückblickend auf fünf Jahre rot-grüne Zählgemeinschaft lassen sich wesentliche Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit ausmachen: Die Chemie zwischen den Fraktionsvorständen und das Personaltableau für das Bezirksamt müssen stimmen. Es braucht den Willen der handelnden Personen, gemeinsam Politik zu gestalten. Dabei ist der Vorrat an gemeinsamen Inhalten maßgebend.

In den letzten Jahren konnten Bündnis 90/Die Grünen die Anzahl der Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung von sechs (2001) auf 13 (2011) mehr als verdoppeln und wurden zur zweitstärksten Partei. Die SPD war nach fünf Jahren Zählgemeinschaft mit der Linken an einer Veränderung interessiert. Die Zunahme an Konfliktthemen und besonders die Unzufriedenheit mit der Amtsführung des damaligen Bezirksstadtrates Michael Nelken (Die Linke) kündeten bereits den Machtwechsel an. Notwendige Voraussetzung war jedoch die klare Machtoption: SPD und Linke hatten mit 28 Bezirksverordneten nur eine Ein-Stimmen-Mehrheit. SPD und Bündnisgrüne boten dagegen mit 30 Stimmen eine klare Machtoption.

Zu Beginn der Zählgemeinschaftsverhandlungen galt es, ein Konfliktthema aus dem Feld zu räumen: Kurt Krieger, Eigentümer u.a. von Möbel-Höffner, plante seit 2009 auf dem ehemaligen Rangierbahnhofs Gelände mitten im Zentrum des Bezirks ein neues großes Möbelhaus und ein Einkaufszentrum. Als Bonbon sollte es hierzu einen Park und einen Stadtplatz geben. Die Bündnisgrünen stellten sich als einzige Partei gegen die Pläne, die Kurt Krieger mit SPD, Linken, CDU

und FDP im Hinterzimmer ausgekugelt hatte. Unsere städtebaulichen Vorstellungen boten allerdings Anknüpfungspunkte: Wir forderten erfolgreich, einen lebendigen und grünen Stadtteil zu entwickeln, in dem Einzelhandel und soziale Infrastruktur integriert sind.

Weitere wichtige Themen zu Beginn der Wahlperiode waren die Finanzsituation und die Vollendung des Mauerparks. Beim Mauerpark lagen die Konfliktthemen eher zwischen den Parteien in Mitte und Pankow. Bei den Haushaltsfragen waren die Gemeinsamkeiten schon früh ausgelotet: Wir stellten seit 2006 den Vorsitz im Finanzausschuss und die inhaltliche Zusammenarbeit entwickelte sich im Laufe der vorangegangenen Wahlperiode. Wir waren uns mit der SPD einig, zielstrebig den Schuldenberg abzubauen und neue Wege bei den Bezirksimmobilien zu gehen. Es gelang uns geradezu ein Kraftakt: Es gibt berechnete Hoffnungen, dass wir mit dem Jahresergebnis von 2017 den Schuldenberg von 24,5 Millionen Euro restlos abgebaut und damit wieder die volle Handlungsfähigkeit des Bezirks erlangt haben werden.

Ob nach den Wahlen die Zusammenarbeit mit der SPD fortgesetzt wird, hängt vom Wahlergebnis und den Machtoptionen ab. „Die“ Herausforderung ist das Bevölkerungswachstum und die notwendige Schaffung von Wohnraum und Infrastruktur. Kein Bezirk in Berlin muss dabei einen vergleichbaren Zuwachs stemmen. Derzeit bestehen beim Wohnungsbau unterschiedliche Positionen zwischen Bündnisgrünen und SPD: Wir streben vorrangig eine Innenverdichtung an und wollen somit ein expansives Wachstum der Stadt in das Umland

Wir wollen regieren, lieber in einer Zweier- als in einer Dreier-Koalition. Wer unser Partner wird – das lässt sich vorher nicht bestimmen. Die Grünen machen keine Koalitionsaussage, haben in den Bezirken aber mit verschiedenen Zählgemeinschaften ihre Erfahrungen gesammelt. Hier ziehen die beiden



Farbenspiekle.

verhindern. Die SPD setzt dabei auf den Bau von neuen Stadtteilen im Außenbereich. Ob die Kraft besteht, die anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu lösen, hängt wieder wesentlich von den handelnden Personen und ihrer Bereitschaft zur Kommunikation ab.

CORNELIUS BECHTLER,
DANIELA BILLIG,
JENS-HOLGER KIRCHNER

Koalitionserfahrungen

Schwarz-Grün in Reinickendorf

Pankower Fraktionsvorsitzenden Cornelius Bechtler und Daniela Billig sowie Stadtrat Jens-Holger Kirchner Bilanz ihrer rot-grünen Zählgemeinschaft. Hinrich Westerkamp vom Fraktionsvorstand im Reinickendorf schildert, wie in seinem Bezirk die Zusammenarbeit mit der CDU lief.

schicken, und hatte trotz großer inhaltlicher Nähe keine Angebote für uns; die Piraten wollten gern einen CDU-Bürgermeister verhindern, waren aber noch in der Selbstfindungsphase und als Partner für uns unberechenbar.

Die CDU kam offensiv mit politischen und personellen Angeboten in die Verhandlungen und wollte offensichtlich eine schwarz-grüne Zählgemeinschaft für die gesamte Wahlperiode. Die Angebote – eine von ihr bis dahin immer blockierte erste Gemeinschaftsschule, Unterstützung für unsere Fahrrad-Pläne, Nominierungsrechte von BürgerInnendeputierten, Vorschlagsrecht für einen Partnerschaftsbeauftragten – wurden nach und nach auf den Tisch gelegt, um uns zur Zusammenarbeit zu bewegen. Unsere Verhandlungskommission hat dann aus unserem Wahlprogramm alle Essentials in einen Vorschlag gepackt, der von der CDU weitestgehend akzeptiert wurde.

Aber war der Kreisverband bereit zu einer solchen „Koalition“? Die Diskussion in der Mitgliederversammlung war spannend und kontrovers, am Ende wurde der Zählgemeinschaft zugestimmt. Es war sicherlich nicht meine Wunschkonstellation, aber auch ich sah die Chancen, grüne Projekte im Bezirk durchzusetzen und ihn dadurch grüner zu machen und stimmte auch zu.

Die ersten Schritte klappten wie geplant, die CDU-Fraktion wurde straff geführt und auf Zustimmung zu den vereinbarten Projekten eingeschworen. Wir schlugen Anträge vor, die CDU zeichnete mit, wir setzten durch.

Die öffentlichkeitswirksame Präsentation der gemeinsamen Projekte als Erfolge der CDU wurde dann zu einem Hauptproblem

für uns, wir mussten deutlich professioneller im Verkaufen unserer Erfolge werden, die wir mit Hilfe der Zählgemeinschaft durchgesetzt hatten. Durch die Einstellung eines Fraktions-Pressesprechers wurde es besser, aber das Problem bleibt weiterhin latent bestehen.

Schwierig wurde die Zählgemeinschaft dann bei Problemfeldern, die neu aufkamen: MieterInnenverdrängung durch InvestorInnen und die neu nach Reinickendorf kommenden Geflüchteten. Hier haben wir uns mit der CDU öffentlich in der BVV gestritten und sicherlich teilweise positive Bewegung bei ihr erreicht (Flüchtlinge), bei der Unterstützung der von Verdrängung bedrohten MieterInnen der Siedlung am Steinberg aber unsere Ziele (u.a. Milieuschutz für das Gebiet) nicht erreicht.

Gegen Ende der Wahlperiode wird die Stimmung nun konfliktreicher, die CDU stimmt regelmäßig grüne Essentials wie Tempo-30 und Fahrradschutzstreifen nieder, es gelingt uns in vielen Fällen nicht mehr, in der Zählgemeinschaft unsere Ziele durchzusetzen.

In Kreisverband und Fraktion haben wir uns regelmäßig immer wieder die „Sinnfrage“ gestellt und sind bisher mehrheitlich zur Überzeugung gelangt, dass diese Zählgemeinschaft geholfen hat, grüne Projekte zu verwirklichen (FahrRat, Fahrradhaushalt, Gemeinschaftsschule, Geflüchtete...) und grüne Ziele weiterzubringen. Und ich glaube tatsächlich, die Politik in Reinickendorf ist grüner geworden.

HINRICH WESTERKAMP

Wir Grünen haben mit allen Parteien sondiert und schnell wurde klar: Die SPD war nicht bereit, bei Bezirksamts-Minderheiten einen eigenen Bürgermeisterkandidaten ins Rennen zu

Populistische Parolen im Wahlkampf

Herausforderung von rechts

Die Ergebnisse der AfD bei den letzten drei Landtagswahlen waren ein Schock nicht nur für uns Grüne. Mit rassistischen und menschenverachtenden Parolen schaffte sie überall zweistellige Ergebnisse, in Sachsen-Anhalt bekam sie fast ein Viertel der Stimmen und wurde zweitstärkste Kraft im Landtag. Auch für Berlin prognostizieren derzeit alle Umfragen ihren Einzug ins Abgeordnetenhaus und wahrscheinlich viele BVVen. Wir werden uns hier wohl dauerhaft mit ihren Parolen auseinandersetzen müssen.

Gegenprogramm zu uns Grünen

Die Berliner AfD und ihre führenden Köpfe sind außer der Landesvorsitzenden von Storch weitestgehend unbekannt, doch wie sie programmatisch einzuordnen ist, muss spätestens seit dem Beschluss ihres Wahlprogramms allen klar sein: Neben den allseits bekannten Forderungen nach Aufnahme von Geflüchteten und Asylrechtsverschärfung stellt sie sich gegen Abtreibung, Gleichstellung, Mindestlohn, erneuerbare Energien und jede Form von gesellschaftlicher Vielfalt, fordert ein Adoptionsverbot für Homosexuelle und Strafmündigkeit bereits ab zwölf Jahren. Alles streng rechtskonservativ und klar auf der Linie der Bundespartei, die auch Fracking und Atomkraft befürwortet, Klimaschutzpolitik für ein „untaugliches Computermode“ hält, nur noch heterosexuelle Familien steuerlich fördern und jegliche mietenpolitischen Instrumente abschaffen will, damit die Mieten „sich entfalten können“. Dass dies nahezu alle Forderungen sind, die nur auf Bundesebene umgesetzt werden könnten, scheint die Berliner AfD dabei nicht zu irritieren. Überhaupt gibt es wenig Konkretes zu



Berliner Themen, auch auf ihrer Webseite sucht man vergeblich danach. Offenbar soll auch hier auf die schon bekannten populistischen Hetzparolen des Bundesverbands gesetzt werden.

Egoismus als Programm

Das Programm der AfD lässt sich auch so zusammenfassen: Egoismus und das Recht der Stärkeren sollen überall Vorrang haben. Unterstützung für Schwächere und Schutz von Minderheiten ist bei ihr nicht vorgesehen. Bildungspolitik soll nationalistischer Identitätsbildung dienen und sich an der „deutschen Leitkultur orientieren“. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist für sie Wettbewerbsverzerrung. Ihre klar neoliberalen wirtschaftspolitischen Forderungen wie z.B. Abschaffung von Erbschafts- und Gewerbesteuer oder ein einheitlicher Einkommenssteuersatz für alle hätten staatliche Einnahmeverluste in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge und würden primär denjenigen nutzen, die

Tipps zum Umgang mit rechten Parolen und Argumentationshilfen gegen populistische AfD-Forderungen gibt es z.B. bei der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (www.mbr-berlin.de) oder bei Gegenargument (www.gegen-argument.de). Beide bieten auch Seminare zu diesem Thema an.

die AfD als „Leistungsträger der Gesellschaft“ bezeichnet. Bezahlen würden dafür am Ende DurchschnittsverdienerInnen und die Schwächeren der Gesellschaft. Die AfD bedient mit ihren Parolen bestehende Ängste vor dem sozialen Abstieg – und würde ihn mit ihrer Politik herbeiführen. Damit betreibt sie vor allem Klientelpolitik zugunsten von Vermögenden und treibt die Spaltung der Gesellschaft nur noch weiter voran.

ExpertInnen sind sich einig, dass die AfD häufig als Protestpartei gewählt wird und nicht wegen ihrer Positionen. Denn wären diese besser bekannt, dann würden es sich viele, die sie aufgrund von Ängsten oder Enttäuschung über die aktuelle Politik wählen möchten, nochmal sehr gut überlegen, wo sie ihr Kreuz machen. Und merken, dass diese Partei mit ihrer autoritären und zutiefst ungerechten Programmatik nicht zu unserer Stadt passt.

ANNETTE HEPPEL

„Du gehörst umgelegt, du Ratte!“

Online-Hetze gehört zum Politikeralltag

Ganz normaler Politikeralltag: In einem Gastbeitrag hatte ich gefordert, die Demokratiebildung stärker in den Schulen zu verankern. Es geht um Zivilcourage, Solidarität mit Schwachen und Toleranz im Umgang mit Minderheiten. Die Reaktionen auf diesen Artikel überraschten mich – ich wurde massiv über soziale Netzwerke beleidigt und bedroht. Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich erst mal für Demokratie in „meinem“ Land sorgen sollte, gemeint war die Türkei. Und das obwohl ich deutscher Staatsbürger bin. Ich kann jahrzehntelang auf kommunaler Ebene, im Abgeordnetenhaus und im Bundestag gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und mich für ein friedliches Miteinander einsetzen – wenn es hart auf hart kommt, bin ich doch „der Türke“.

HetzerInnen kommen aus allen Milieus

Gerade AnhängerInnen von rechtsextremen Gedankengut vernetzen sich über soziale Medien. Sie werden in ihrem Hass auf alles, was nicht der „deutschen“ Norm entspricht, im Schutz der Gruppe bestätigt. Das erklärt die Unverfrorenheit, mit welcher viele von ihnen sich mit ihren Klarnamen zu Wort melden, statt anonym zu bleiben. Dabei ist das Bild des Rechtsradikalen mit Springerstiefeln und Glatze längst überholt. Die HetzerInnen kommen aus allen Milieus.

Genauso wie ich bekommen viele weitere PolitikerInnen mit Migrationshintergrund, schwule oder lesbische, aber auch feministische KollegeInnen jeden Tag Hasspost, in der sie menschenfeindlich beschimpft werden. Die Hemmschwelle der HasspredigerInnen ist deutlich gesunken. Die Pegida-Bewegung



Cybermobbing ist nicht nur unter Jugendlichen verbreitet.

oder die AfD beispielsweise geben Rechtsradikalen das Gefühl von Macht, von Mehrheit. Das hat mit Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ angefangen und sich mit den Jahren verfestigt.

Selbst vor Morddrohungen wird nicht zurückgeschreckt. „Du gehörst umgelegt, du Ratte!“ – so ein Eintrag auf meiner Facebookseite. Die Kommentare auf Facebook richten sich meist gegen den Islam oder gegen meine Herkunft, oftmals unabhängig von meinen inhaltlichen Aussagen. Die Amadeu Antonio Stiftung bestätigt, dass sich die Debattenkultur im Internet verändert hat. Gerade Nazis wollen durch „Hate Speech“ ihre GegnerInnen einschüchtern, diffamieren und dämonisieren. Die Rechten wollen Deutungshoheit und Dominanz in gesellschaftlichen Diskursen erlangen und vom eigentlichen Kern der Debatte ablenken.

Sicherheitsbehörden machtlos?

Trotz häufiger Strafanzeigen, scheinen unsere Sicherheitsbehörden und die Polizei machtlos zu sein. So führte folgende E-Mail zu keiner Verurteilung:

„Auschwitz muss wieder in Betrieb gehen, dies mal muss es Türkenasche regnen.“ Es gibt zwar laut Bundesregierung keine relevanten Defizite bei der Umsetzung des geltenden Rechts, aber wenn von 30 Strafanzeigen 29 eingestellt werden, dann verwundert das schon sehr. Den Opfern von „Hate Speech“ ist es offensichtlich nicht möglich, eine schnelle und effektive Strafverfolgung einzuleiten. Auch Facebook findet, dass diskriminierende Kommentare und Morddrohungen nicht gelöscht werden müssen, da KEIN Verstoß gegen die „Gemeinschaftsstandards“ von Facebook vorliegt.

Die Bundesregierung muss ihre Laissez-Faire-Haltung in der Sache aufgeben. Hassdelikte müssen konsequent bekämpft werden, strafbare Inhalte und Posts müssen direkt an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden. Wir Grüne werden uns weiterhin für eine sinnvolle und effektive Strafverfolgung von Hasskommentaren im Netz einsetzen. Die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte dürfen darunter nicht leiden.

ÖZCAN MUTLU, MdB
SPRECHER FÜR BILDUNGS- UND SPORTPOLITIK DER BUNDESTAGSFRAKTION

Gutes Wohnen für alle

Bezahlbare Mieten sind Voraussetzung für ein soziales Berlin

Immer mehr bezahlbare Wohnungen gehen den BerlinerInnen durch Spekulation und Aufwertung verloren. Auch das Neubauförderprogramm des Senats wird den Bedarf nicht decken können. Dabei ist es höchste Zeit, die Kehrtwende in der Wohnungspolitik einzuleiten.

Alarmierende Zahlen

Der neue Wohnungsmarktbericht der Investitionsbank Berlin (IBB) verdeutlicht die lange bekannten Probleme: Noch immer steigen die Mieten hier schneller als die Einkommen. Bei den Neuvermietungen waren es 6,7 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr. Die Preisspanne zwischen den Bezirken geht immer weiter auseinander, der vorhandene Neubau oft am Bedarf vorbei. Gerade im preiswerten Segment gehen immer noch mehr Wohnungen verloren als hinzukommen. Der Bestand der Sozialwohnungen Berlins hat sich aufgrund auslaufender Bindungen seit 2005 von ca. 209 000 um ein gutes Drittel auf rund 135 000 Wohnungen Ende 2014 reduziert und jedes Jahr werden es weitere 5 000 weniger. Laut Prognose der IBB wird dieser belegungsgebundene Bestand in den östlichen Bezirken bis 2025 vollständig abgebaut sein. Damit waren Ende 2014 nur noch etwa 8,4 Prozent aller Berliner Mietwohnungen Sozialwohnungen, obwohl jeder zweite Haushalt theoretisch „WBS-berechtigt“ ist: 51,1 Prozent aller Haushalte dürften aufgrund ihrer Einkommenssituation eine Sozialwohnung beziehen. Doch über die Hälfte der Mieten in den 140 000 bestehenden Sozialwohnungen liegt bereits über dem Mietpiegel. Statt diese Wohnungen wieder bezahlbar zu machen, sieht der Senat seit Jahren tatenlos zu. Wir haben zwar erreicht, dass eine sogenann-

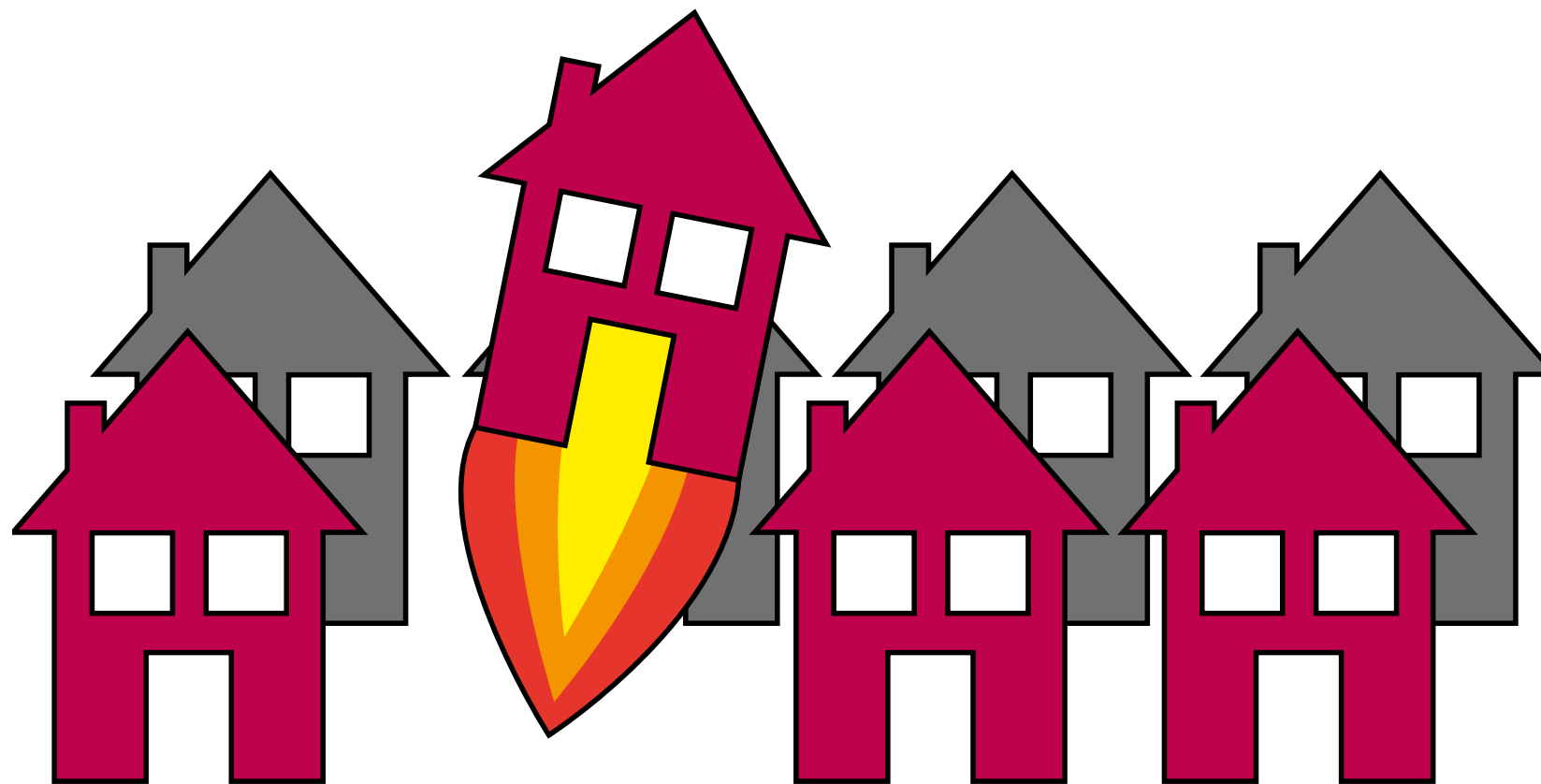
te Expertenkommission dazu einberufen wurde, ob es noch in dieser Legislaturperiode zu einer nachhaltigen Lösung kommen wird, ist jedoch mehr als fraglich.

Die Berliner Mischung muss es uns wert sein

60 Prozent der WienerInnen leben im kommunalen bzw. sozialen Wohnungsbau. Das sind fast paradiesische Zustände im Vergleich zu Berlin, wo gerade einmal ca. 17 Prozent der Wohnungen dem Land gehören. Um „der Wohnungsmarkt-Logik“ langfristig entgegen zu können, brauchen wir mehr Wohnungen in Landesbesitz. Laut Senat sollen zukünftig 20 000 Wohnungen jährlich durch die sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU)

gebaut oder angekauft werden, doch nur ein Drittel davon wird – ungleich über die Stadt verteilt – als Sozialwohnungen errichtet. Auch das Förderprogramm für den Sozialen Wohnungsbau wurde aufgestockt: auf 54,4 Millionen Euro für 2016 und 91,5 Millionen Euro für 2017. Damit können dann aber nur 5 500 neue Sozialwohnungen von Privaten gefördert werden. Die Stadt Wien hingegen investiert im Jahr ca. 500 Millionen Euro für eine soziale Wohnungspolitik und steckt das Geld vor allem in den kommunalen Wohnungsbau, weil damit die Mietpreisbindungen nicht nur 30 Jahre, sondern dauerhaft gelten.

Wien zeigt auch: Wir müssen verstärkt Genossenschaften für den Bau von preiswerten Woh-



Die Mieten heben ab.
Illustration: Kalle Erlacher

Günstige Mietwohnungen verschwinden

Die Schere zwischen Bedarf und Angebot wird auch verursacht durch zunehmende Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. So wird immer mehr preiswerter Wohnraum zusätzlich vernichtet. 2014 gab es 11 296 Umgewandlungen,

das ist eine deutliche Steigerung um knapp 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Seit 2005 wurden 62 663 Mietwohnungen zu Wohneigentum, über die Hälfte davon in den letzten vier Jahren. Die meisten Umwandlungen fanden in den letzten zehn Jahren in Pankow (rund 13 000) und in Friedrichshain-Kreuzberg (rund 11 000) statt.

nungen gewinnen, zum Beispiel durch eine andere Grundstücksvergabe. Und das kommunale Vorkaufsrecht braucht dringend landesweite Unterstützung durch den Senat, weil die Bezirke keine Gelder dafür im Haushalt einstellen dürfen. Das wird nicht billig, aber wir brauchen dringend eine stadtweite Strategie für die Re-Kommunalisierung möglichst vieler Wohnungen, um eine bessere Versorgung über das gesamte Stadtgebiet zu erreichen. Und vor allem müssen sich auf Bundesebene die Rahmenbedingungen grundlegend ändern, so dass wir gemeinnützige Wohnungsunternehmen auch gezielter unterstützen können. Statt teurer Steuerabschreibungen und kurzfristiger Förderprogramme braucht es zum Beispiel eine

differenzierte Grunderwerbssteuer, die gemeinwohlorientierte Miet-Modelle begünstigt.

Landeseigene Wohnungsunternehmen sind in der Pflicht

Auch die soziale Ausrichtung der LWU muss nachjustiert werden. Es werden zwar endlich wieder Wohnungen an MieterInnen mit einem Wohnberechtigungsschein vergeben. Doch die Konkurrenz ist groß, die Neuvermietungen sind wenige, die Wirkung ist gering. Gerade einmal ca. 18 000 Neuvermietungen jährlich werden bei den LWU getätigt, somit würden nur 9 900 Wohnungen pro Jahr nach sozialen Kriterien vergeben werden. Wir fordern, diese Quote auf mindestens zwei Drittel der Wohnungen zu erhöhen – das würde auch die soziale Mischung am besten widerspiegeln. Um die Konkurrenz etwas zu lindern, wollen wir eine Quote, die Familien mit Transferbezug extra berücksichtigt.

Unzureichende Regelungen gibt es auch im Falle von Mieterhöhungen: Die Mieten dürfen zwar nur um 15 Prozent alle vier Jahre steigen, allerdings kann bei energetischer Sanierung die Miete im Extremfall sogar auf 20 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete ansteigen. Das ist eindeutig zu viel. Nicht akzeptabel ist außerdem, dass es für die LWU keinerlei Regelungen bei umfassenden Modernisierungen gibt. Eine wirksame Sicherung bezahlbaren Wohnraums im Altbaubestand bei Modernisierungsmaßnahmen muss gewährleistet sein. Insgesamt wollen wir eine deutlichere Absenkung der Wohnkostenbelastung für arme und armutsgefährdete Haushalte in den Beständen. Nur dann können die LWU ihre eigentlich vorge-

sehene mietsenkende Wirkung auch bedarfsgerecht entfalten.

Wohnraumversorgungsgesetz als Chance

Beim durch das Mietenvolksbegehren erzwungenen Wohnraumversorgungsgesetz wird es stark darauf ankommen, wie die neu zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts „Wohnraumversorgung Berlin“ ausgestaltet wird. Sie soll „die Entwicklung politischer Leitlinien in Bezug auf die Wahrnehmung des Versorgungs- und Wohnungsmarktauftrags“ für die LWU vorantreiben. Das ebenfalls neu eingerichtete Sondervermögen, das Neubauförderung, Modernisierung und Instandsetzung bestehenden Wohnraums sozial gestalten soll, muss nun entsprechend ausgestaltet werden. So kann der Einfluss auf den privaten Wohnungssektor erhöht werden – dazu braucht es aber mehr Mittel als die derzeit nur vorhandenen 15 Millionen Euro jährlich.

Neben einer stetigen Wohnungsbauaktivität kommt es jetzt vor allem darauf an, mit stadtweiten Regelungen im Bestand bezahlbaren Wohnraum langfristig sicherzustellen sowie zurück zu gewinnen. Das ist eine Mammutaufgabe. Und auch wir Grünen haben nicht immer die perfekte Lösung, aber wir haben viele gute und praktikable Vorschläge. Schon jetzt hinkt der Senat der Entwicklung stark hinterher. Dabei sind die nächsten fünf Jahre entscheidend dafür, ob wir die voranschreitende soziale Spaltung der MieterInnenstadt Berlin noch stoppen können.

KATRIN SCHMIDBERGER
MIETENPOLITISCHE SPRECHERIN DER
GRÜNEN ABGEORDNETENHAUSFRAKTION

Geflüchtete in Berlin

Es bleibt viel zu tun

Kurze Rückblende ins Jahr 2015: Im August eskaliert die Lage vor dem LAGeSo in Moabit. Täglich stehen bis zu 2 500 Flüchtlinge vor der zentralen Erstaufnahmestelle und warten auf ihre Registrierung. Viele campieren auf der Straße, versorgt werden sie fast nur von ehrenamtlich Helfenden. Selbst die New York Times widmet sich dem Versagen der Berliner Behörden.

Und so zynisch es ist: Heute, ein gutes halbes Jahr später, kann Berlin von Glück sagen, dass immer weniger Menschen die Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung nach Europa gelingt. „Berlin steuerte auf den Kollaps zu“, sagt Wolfgang Wieland, der ehemalige grüne Justizsenator und Bundestagsabgeordnete, der heute Mitglied im „Berliner Beirat für Zusammenhalt“ ist. Dieser Beirat wurde von Senator Czaja im Jahr 2014 eingesetzt. Ihm gehören außer Wieland der ehemalige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und die früheren Sozialsenatorinnen Ingrid Stahmer und Heidi Knake-Werner an.

Zentrales Problem Unterbringung

Ein zentrales Problem ist und bleibt die Unterbringung der Flüchtlinge. Viel zu viele von ihnen müssen viel zu lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. In Tempelhof leben immer noch etwa 1 700 Geflüchtete in den Hangars des ehemaligen Flughafens. Die Situation der sanitären Anlagen und medizinischen Versorgung hat sich zwar verbessert, aber es ist und bleibt eine Notlösung, genauso wie die Unterbringung in Turnhallen.

Da der Senat es nicht schafft, schnell und effektiv Alternativen zu schaffen, müssen die Men-

schen viele Monate mit dieser Notlösung leben. Anfang April lebten etwa 43 000 Menschen in provisorischen Unterkünften wie in Tempelhof, in Turnhallen oder Hostels. Bedeutet: Wenig bis gar keine Privatsphäre, Konflikte untereinander und keine Möglichkeit, sich selbst zu versorgen. Je länger die Menschen in diesen Provisorien blieben, desto schwieriger wird die Integration. „Die Motivation geht verloren. Sie erkranken, werden depressiv, aggressiv oder suizidal“, sagte Sozialarbeiter Knut Fischer dem RBB im März dieses Jahres über die Situation in den Tempelhofer Hangars.

Abhilfe schaffen sollen die sogenannten „Modularen Unterkünfte“. Das sind Serienbauten, deren Wände aus seriellen Stahlbetonteilen bestehen, die Treppenhäuser sind aus dem selben Material. Die Innenwände werden mit Rigips-Platten eingezogen. Der Vorteil: Das Bauamt muss nicht jedes Gebäude einzeln prüfen, denn die Tests, etwa für Brandschutz und Statik, sind bereits am Serienmodell erfolgt. Der Senat hat eine Liste mit Standorten erstellt, doch die Abstimmung mit den Bezirken kommt nicht voran. Nicht zuletzt, weil der Senat teilweise Grünanlagen als Standort vorschlägt, was die betroffenen Bezirke eher als Aprilscherz denn als ernst gemeinten Vorschlag empfinden.

Beim Bau dieser „Modularen Unterkünfte“, die bis zu 100 Jahre halten sollen, muss darauf geachtet werden, dass lebendige und attraktive Quartiere entstehen. Der Grundriss der Bauten ist flexibel, so dass zum Beispiel auch Studierende dort wohnen können. Und größere Grundstücke sollten in Teilbereichen auch von Baugruppen, Genossenschaften oder Woh-

nungsbaugesellschaften für den Wohnungsbau genutzt werden können. So kann Integration gelingen und die Entstehung von Ghettos verhindert werden.

Problem Wohnungsmarkt

Aber der Bau dieser „Modularen Unterkünfte“ dauert seine Zeit. Die ersten beiden Projekte in Marzahn-Hellersdorf werden frühestens Ende des Jahres fertig sein. Wohncontainer lassen sich zwar schneller aufstellen, sind aber keine wirkliche Alternative zur eigenen Wohnung. Auf dem Berliner Wohnungsmarkt haben jedoch nicht nur Flüchtlinge wenig Chancen: Viele Menschen in Berlin suchen eine anständige Bleibe mit niedriger Miete. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu vergrößern, ist eine der zentralen Aufgaben der Berliner Politik (siehe Seite 18).

Aber es ist nicht nur der angespannte Wohnungsmarkt, der es den Flüchtlingen schwer macht, eine eigene Bleibe zu finden. „Die Bürokratie ist ein weiteres großes Problem“, sagt Wolfgang Wieland. Wenn Geflüchtete mit Glück eine Wohnung gefunden haben, dauert es teilweise lange, bis die Kostenübernahme durch das LAGeSo vorliegt – so lange, dass der Vermieter längst einen anderen Mieter vorgezogen hat. Der Beirat fordert deswegen, dass das Land Berlin selbst Wohnungen anmietet und diese dann untervermietet. Wieland: „Dann könnte das Land flexibel und schnell helfen.“

Ein weiteres bürokratisches Hemmnis ist der Zwang für jeden ankommenden Flüchtling, zunächst in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu leben. „Wer in Berlin bereits Bekannte oder Familie hat, bei denen er vorübergehend wohnen kann, sollte das auch tun dürfen“, findet Wieland.



So könnte es auch in Berlin aussehen: Modularbau für Studierende in Hamburg
Foto: JePe/CC BY-SA 3.0

Die Vorsitzenden von Partei und Fraktion, Bettina Jarasch, Daniel Wesener, Ramona Pop und Antje Kapek, haben Anfang des Jahres Vorschläge für eine vorausschauende Flüchtlings- und Integrationspolitik vorgelegt.

Viele der damit verbundenen Fragen – Verwaltungsmodernisierung, Wohnungsmarkt, bessere Bildungschancen, eine funktionierende Infrastruktur – sind Fragen, die in Berlin ohnehin anstehen.

gruenlink.de/15qw

Bildung, Bildung, Bildung

Unter den Geflüchteten sind viele Familien mit Kindern und auch viele unbegleitete Kinder und Jugendliche. Soll Integration gelingen, müssen die Kinder so schnell wie möglich an unser Bildungssystem herangeführt werden. Schon in den Notunterkünften müssen, so eine grüne Forderung, SozialarbeiterInnen sein, die den Eltern beim Kontakt zu den Schulen und der Schulaufsicht helfen. In Nordrhein-Westfalen wurden schon im vergangenen Jahr mobile Kitas eingerichtet. Erzieherinnen und Erzieher kommen zum Beispiel in Gelsenkirchen mit dem Wohnwagen zu den Unter-

künften, um mit den Kindern zu spielen, zu toben, zu essen... Und ganz nebenbei lernen die Kinder die deutsche Sprache.

Schulen, die Willkommensklassen anbieten, sollten ein zusätzliches Budget bekommen, über das sie selbst entscheiden und das sie für zusätzliche pädagogische Angebote nutzen können. Ziel soll es sein, dass die Flüchtlingskinder so schnell wie möglich am normalen Unterricht teilnehmen, wenn ihre Sprachkenntnisse dafür ausreichen. Dafür muss es den Schulen erlaubt werden, in den „normalen“ Klassen Plätze freizuhalten, denn größere Klassen sind für alle die schlechteste Lösung.

Senat ohne Plan

Der Berliner Senat hat großspurig einen „Masterplan zur Integration“ vorgelegt. Wesentliche Punkte bleiben im Masterplan mehr als vage – etwa in den wichtigen Bereichen Bildung und Arbeit. Fazit von Ramona Pop, grüne Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus: „Die Integration ist eine der wichtigsten Aufgaben für die nächsten Jahre, hierfür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung nötig – dahinter fällt dieser sogenannte Masterplan eindeutig zurück. Es spricht Bände, dass SPD und CDU selbst für diesen Entwurf eine externe Beratung brauchten.“

MATTHIAS TANG

Gesundheitsversorgung

Mehr ambulant und nah am Kiez

Ein 58-jähriger Hauswart wird wegen seines Herzproblems im Krankenhaus operiert und kurz nach dem Eingriff nach Hause entlassen. Eine vorzeitige Entlassung aus Kostengründen? Über das Ergebnis ist der Patient jedenfalls recht glücklich. Er besucht eine Tagesreha und lebt ansonsten in seinem gewohnten Kiez, seinem gewohnten Alltag. So verläuft die Genesung schnell, steht er bald nach der Operation geheilt wieder im Job.

Für Catherina Pieroth-Manelli ist dieser Fall aus ihrem persönlichen Umfeld ein Beispiel dafür, wie Gesundheitsversorgung funktionieren sollte. „Die gesundheitliche Versorgung muss wohnortnah und am Menschen orientiert sein“, sagt die grüne Kreisvorsitzende aus Tempelhof-Schöneberg, die bei den Abgeordnetenhauswahlen im Wahlkreis Schöneberg Süd als Direktkandidatin antritt und auf Platz 21 der bündnisgrünen Landesliste steht. In der künftigen Abgeordnetenhausfraktion will sie die Gesundheits- und die Demografiepolitik zu ihrem Schwerpunkt machen. Konkret lautet eines ihrer Ziele: „Krankenhäuser und ambulante Einrichtungen müssen verknüpft und die Tageskliniken in den Krankenhausplan integriert sein. Ein Entlassungsmanagement muss dafür sorgen, dass Patientinnen und Patienten im Anschluss an den stationären Aufenthalt eine angemessene Versorgung finden. Zu diesem Zweck sollten die verschiedenen Berufsgruppen im stationären und im ambulanten Bereich auf Augenhöhe zusammenarbeiten und so Netzwerke mit Beratungsangeboten wie den Pflegestützpunkten in der Umgebung bilden.“

Dabei weiß die Abgeordnetenhauskandidatin ebenfalls aus eigenem Umfeld, dass es um die

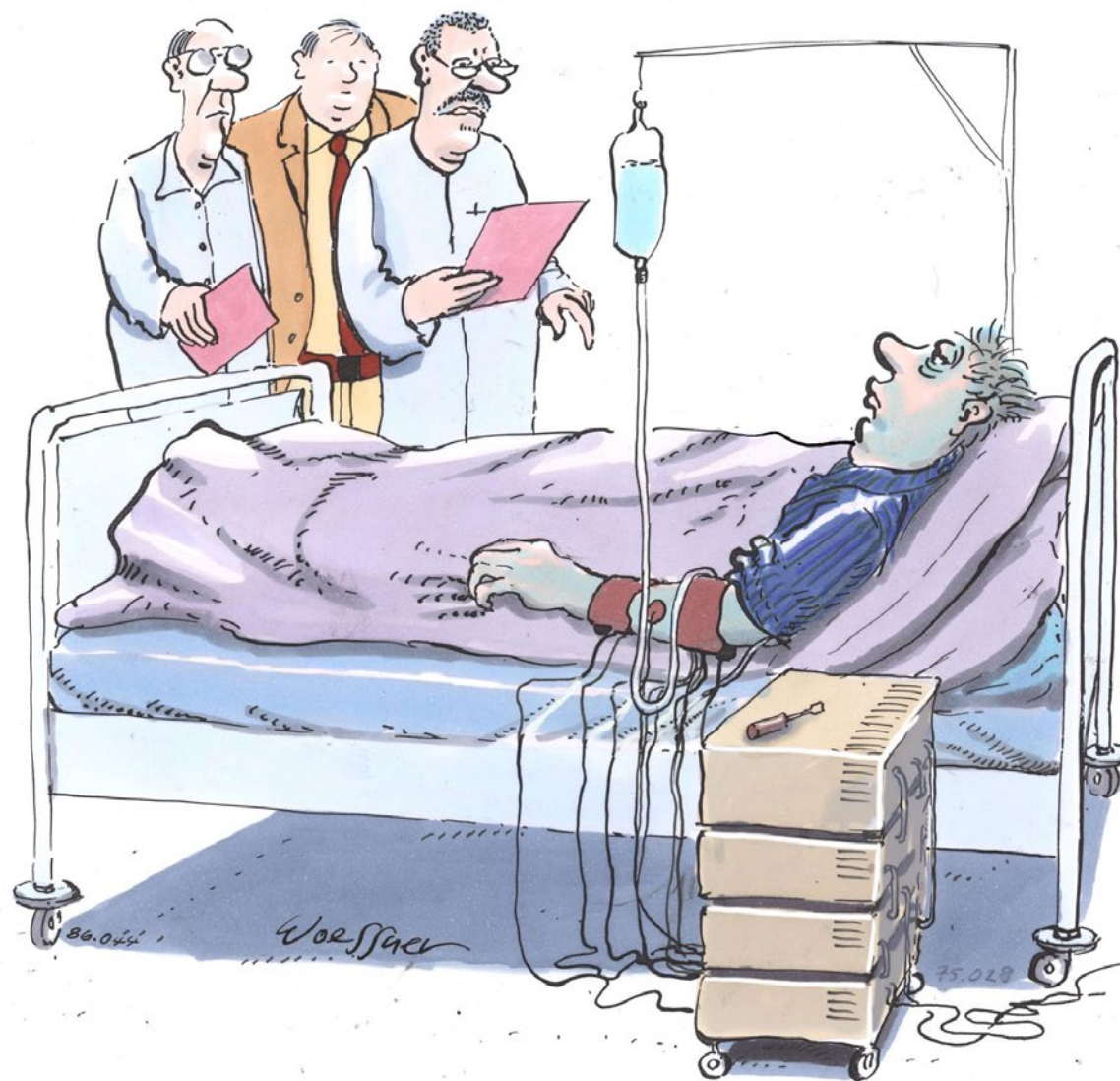
Versorgung nach einer Krankenhausentlassung nicht immer gut bestellt ist: „Als ich einen älteren Angehörigen in die Reha bringen musste, fragte ich mich, warum das stationär sein muss, warum es keine Angebote für begleitende Angehörige gibt und warum es kaum Qualitätsstandards gibt, die sich positiv auf die Heilung auswirken? Warum müssen es diese Rieseneinrichtungen sein, in denen sich ein älterer Mensch kaum zurechtfindet?“

Regionale Unterschiede müssen überwunden werden

Auch in einer wachsenden Stadt liegt die Zukunft der Gesundheitsversorgung nicht in größeren stationären Einrichtungen mit mehr Betten. Nicht zuletzt sind es die Fortschritte in der Medizin, die eine Hinwendung zur ambulanten Behandlung und Pflege ermöglichen. Eine Augen-OP, chronische Diabetes und andere Erkrankungen machten noch vor wenigen Jahren einen Krankenhausaufenthalt unvermeidlich. Heute lässt sich vieles ambulant behandeln.

Ein Problem besteht jedoch: Während es in Stadtteilen mit überdurchschnittlichem Haushaltseinkommen Tendenzen zur Überversorgung gibt, fehlt es in den einkommensschwachen Gebieten an Angeboten der ambulanten Versorgung. Mit dem „Gemeinsamen Landesgremium“ kann die Politik teilweise dagegen halten, müsste das aber mehr tun als bisher. Doch allein damit lässt sich das Problem kaum beheben. Denn diese mit VertreterInnen der Senatsgesundheitsverwaltung, der Kassenärztlichen Vereinigung, der ÄrztInnenkammer, der Krankenkassen, weiteren Interessenverbänden und Organisationen sowie „sachkundigen Personen zur Wahrung von PatientInnen-

Sind Sie sich eigentlich darüber im Klaren, dass Sie mit so einem Krankheitsverlauf unsere schwarzen Zahlen in den Teich reiten?!



Karikatur: Freimut Woessner

interessen“ besetzte Einrichtung kann letztlich nicht viel mehr als Stellungnahmen abgeben und versuchen, eine Entwicklung zu beeinflussen. Entschieden werden wirtschaftlich relevante Standortfragen anderswo. Unmittelbaren Einfluss hat das Land nur auf die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern.

Der Einfluss der Politik hat seine Grenzen

Wie sieht da eine Gesundheitspolitik aus, die grüne Vorstellungen zur Praxis der Versorgung werden lässt? Zunächst: Das Land muss seine Einflussmöglichkeiten voll ausschöpfen. Catherina Pieroth-Manelli: „Wir müssen Krankenhausinvestitionen auch an Qualitätskriterien knüpfen.“ Zu diesen Kriterien sollte gehören, dass beim Einkauf nicht der Preis, sondern Umwelt- und Gesundheitsstandards entscheiden, dass die Prozesse bei Energieversorgung und Abfallwirtschaft optimiert werden, auch bei wirtschaftlichen Entscheidungen die Interessen der PatientInnen im Mittelpunkt stehen. Ein Qualitätskriterium wäre außerdem: Wie gut ist das Krankenhaus mit den Angeboten der örtlichen ambulanten Versorgung vernetzt?

Dazu gilt es, einflussreichen LobbyistInnen an zentralen Punkten ein klares Nein zu sagen. Die steigenden Zahlen von psychiatrischen PatientInnen lassen Klinikkonzerne an weitere stationäre Großeinrichtungen denken. Doch gerade im Bereich der Psychiatrie ist eine ambulante Versorgung eher im Interesse der PatientInnen. Hier kann die Politik den Ausbau von „ambulanten Modellen“ fördern, sollten diese in die sozialpsychiatrische kommunale Versorgung integriert sein. Ein Weg dahin: Berlin schafft die rechtlichen Voraussetzungen, die es auch gemeinnüt-

zigen Organisationen erlauben, die Trägerschaft für „psychiatrische Tageskliniken“ zu übernehmen. In anderen Bundesländern ist das bereits geschehen.

Anerkennung für den Beruf der Pflegekräfte

Dass kranke und pflegebedürftige Menschen in ihren eigenen vier Wänden angemessen versorgt werden, setzt voraus, dass es genügend Fachkräfte gibt. Pflegekräfte sind zwar gefragt, aber wirtschaftlich attraktiv ist der Beruf für diejenigen, die ihn ergreifen – das sind vor allem Frauen – nicht. Solange die Pflegekräfte nicht die gebührende gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung bekommen, lässt sich der Fachkräftemangel kaum beheben. Eine Pflegekammer als Interessenvertretung könnte für Abhilfe und neue Qualitätsstandards in der Ausbildung sorgen. Gefordert wird eine solche Kammer von den PflegerInnen seit Jahren. In einigen Ländern haben sie sich damit durchgesetzt, in Berlin noch nicht. Die grüne Abgeordnetenhausfraktion hat hier zwar als erste den Entwurf eines Kammergesetzes vorgelegt und damit die Diskussion vorangetrieben, in der nächsten Legislaturperiode stehen aber endlich Taten an.

Ziel grüner Gesundheitspolitik bleibt natürlich: Aufklärung beugt Krankheiten vor, Pflegebedürftigkeit wird so lange wie möglich verhindert. In den Bezirken braucht es deshalb ein Netz von Unterstützungs- und Beratungsangeboten, eine enge Kooperation von Alten- und Behindertenhilfe mit dem Gesundheitswesen. Dafür müssen die bezirklichen Gesundheitsämter wieder gestärkt, besser ausgestattet und für die MitarbeiterInnen attraktiver gestaltet werden.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Wir wollen, dass ihr gehört werdet!

Formal sind Frauen gleichgestellt, in der deutschen Politik sind sie dennoch fortwährend unterrepräsentiert. Im Bundestag liegt der Frauenanteil bei 36 Prozent, im Berliner Abgeordnetenhaus bei 35 Prozent (Stand 2011). Auch wenn Frauen in den letzten Jahren sichtbarer werden, die politische Sphäre ist nach wie vor männlich dominiert. Das ist kein haltbarer Zustand. Wir fordern: „Die Hälfte der Macht den Frauen!“

Grün gleich geschlechtergerecht

Seit unseren Gründungsjahren setzen wir Grüne uns für Geschlechtergerechtigkeit ein. Gleichberechtigung ist ein Grundwert, für unsere Politik sind frauenpolitische Anliegen zentral. Das zeigt sich einerseits insbesondere in unserer Arbeits-, Sozial- und Familienpolitik. Hier versuchen wir, die Bedürfnisse ganz verschiedener Menschen und Lebensentwürfe geschlechterregalitär zu berücksichtigen und zeitgemäß zu lösen. Andererseits heißt es auch, dass wir innerhalb unserer Partei geschlechtergerecht arbeiten wollen.

Als wir unser Frauenstatut 1986 verabschiedet haben, waren wir Grüne VorreiterInnen. Dieses Jahr feiern wir das 30jährige Bestehen! Im Frauenstatut ist festgelegt, dass alle grünen Gremien paritätisch besetzt werden. Für Wahllisten gilt: alle ungeraden Plätze sind für Frauen reserviert und gerade Plätze stehen allen Mitgliedern offen. Wir gewährleisten so, dass unsere Listen zu mindestens 50 Prozent aus Frauen bestehen. Quotierte Redelisten sind bei Versammlungen für uns ebenfalls selbstverständlich, denn Frauenstimmen sind genauso wichtig wie die der Männer.

Unsere Mitgliederzahlen steigen stetig. Das ist super, doch wenn wir nur 37 Prozent Frauen im Landesverband haben, reicht das nicht. Wir wollen mehr und wir wollen mehr aktive Frauen im Landesverband. Quoten allein reichen dafür nicht. Deshalb bieten wir Ansätze und Programme, die gezielt Frauen ansprechen. Wir wollen Frauen zeigen, dass ihre Anliegen politisch sind und dass sie viel Expertise haben, um politisch mitzumischen.

Das grüne Mentoringprogramm

Der Landesverband bietet in diesem Jahr zum siebten Mal ein Mentoringprogramm für Frauen an. Wir wollen darüber Frauen bestärken, sich längerfristig bei uns zu engagieren, beispielsweise durch die Übernahme eines grünen Amtes in einem der Kreisverbände (KV), einer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) oder in einer der Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen). Frauen mit Migrationsgeschichte wollen wir erneut besonders zur Teilnahme ermutigen.

Die Unterstützung im Rahmen des Mentoringprogramms beruht zum einen darauf, dass sie MentorInnen an ihrer Seite



haben, die bereits Politik bei den Berliner Grünen machen. So bekommen sie Einblicke in politische Abläufe und knüpfen erste Kontakte mit anderen PolitikerInnen. Zum anderen haben die Frauen die Möglichkeit zur Teilnahme an Seminaren und Workshops. Darin werden Kompetenzen vermittelt, die für die politische Arbeit hilfreich sind.

Am 30. Mai war die Auftaktveranstaltung des Mentoringprogramms, die zwölf Mentees lernten ihre MentorInnen kennen. Wir sind gespannt, welchen Weg die Frauen einschlagen werden. Vielleicht wollt Ihr Euch ja selbst in den nächsten Jahren zur Teilnahme am Mentoringprogramm bewerben oder MentorIn sein. Wir freuen uns auf Euch!

FRIEDERIKE SCHWEBLER
MITGLIED IM BERLINER LANDES-
VORSTAND UND FRAUEN- UND GE-
SCHLECHTERPOLITISCHE SPRECHERIN

Wir sagen Danke!

Bei den Berlin-Wahlen 2011 erreichten Bündnis 90/Die Grünen 17,6 Prozent – 29 grüne Abgeordnete zogen ins Abgeordnetenhaus ein. Eine ganze Reihe von ihnen tritt bei den Wahlen in diesem Jahr nicht wieder an, sondern verabschiedet sich aus Parlament und Fraktion. Wir sagen Danke und wünschen alles Gute für das weitere Leben!



Heywood Floyd

Martin wurde 2011 ins Abgeordnetenhaus gewählt und hat sein Mandat bereits 2014 niedergelegt. Er war Vorsitzender des Ausschusses für bürgerschaftliches Engagement.



Jasenka Villbrandt

Jasenka ist seit 2004 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Sie ist Sprecherin für Soziales, für Alten-, Behinderten- und Pflegepolitik.



Dirk Behrendt

Dirk wurde 2006 und 2011 im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg 2 direkt ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Er ist rechtspolitischer Sprecher.



Michael Schäfer

Michael ist seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er ist Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik.



Heiko Thomas

Heiko gehörte dem Abgeordnetenhaus seit den Wahlen 2011 an und ist bereits zum 01. April dieses Jahres ausgeschieden. Er war bis dahin Sprecher für Gesundheitspolitik.



Heidi Kosche

Heidi wurde zwei Mal, 2006 und 2011, im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg 1 direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt. Sie ist Sprecherin für öffentliche Grundversorgung

Alessa Berkenkamp

Alessa ist kurz vor Ende der Wahlperiode, im April dieses Jahres für Heiko Thomas nachgerückt. Sie ist Mitglied in den Ausschüssen für Wirtschaft und Inneres.



Thomas Birk

Thomas ist seit 2005 Mitglied des Abgeordnetenhauses, bei den Wahlen 2011 errang er ein Direktmandat in Schönberg-Nord. Er ist Sprecher für Verwaltungsmodernisierung und Queerpolitik.



Oliver Schruoffeneger

Oliver ist für Özcan Mutlu nachgerückt, der die Berliner Grünen jetzt im Bundestag vertritt. Oliver ist Sprecher für Gesundheitspolitik und wurde im April 2016 vom Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf als Stadtrat nominiert.



Claudia Hämmerling

Claudia ist seit 1995 Mitglied der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus. Vorher hat sie sich in der Bürgerrechtsbewegung der DDR engagiert, im Neuen Forum. Sie ist Sprecherin für Tierschutz.



Jochen Esser

Jochen ist seit 1999 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er ist Sprecher für Finanzen und hat sich um die Sanierung des Landeshaushalts gekümmert.

30 Jahre AL Kreuzberg

Wer die Geschichte nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten

Eine Gruppe der Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg hat sich mit der Vergangenheit der eigenen Bezirksgruppe beschäftigt. Als Ergebnis liegt jetzt die Broschüre „Geschichte der Alternativen Liste Kreuzberg 1978-1989“ vor.

Die Reihen der in den 1980er Jahren in Kreuzberg Aktiven leuchteten sich zunehmend. 2002 starb eine der umstrittensten Figuren, Dirk Schneider, des-

sen Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Staatssicherheit der DDR in den 90er Jahren bekannt wurde. Auch Raimund Helms, einer der maßgeblichen Aktiven der ersten Jahre, ist mittlerweile seit zehn Jahren tot. Deshalb und aus Neugier, wie es damals eigentlich war, entstand die Idee, die Anfangsjahre der Partei zu dokumentieren. Spannende Fragen gab es genug: Wie konnte es gelingen, mit einer neuen Partei innerhalb von sie-

ben Jahren 25 Prozent der WählerInnen zu überzeugen? Was waren das für Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gruppen heraus zusammensetzten und eine gemeinsame Partei gründeten? Wie funktionierte die Zusammenarbeit? Welche Gründungsideen erwiesen sich als unrealistisch? Was hat die Jahrzehnte überdauert?

Wir begannen Anfang 2014 damit, Kontakte mit den damali-

gen AkteurInnen aufzunehmen: Gründungsmitglieder, erste Bezirksverordnete, erste Kreuzberger Abgeordnete. Aus den ersten Gesprächen und Archivrecherchen ergaben sich weiterführende Fährten auf den Verbleib weiterer Aktiver. Dadurch gelang es uns, aus allen Phasen der Parteiwerdung und frühen Etablie-

rung sowie aus allen Bereichen – Partei, Bezirksverordnetenversammlung, Bezirksamt und Abgeordnetenhaus – GesprächspartnerInnen zu gewinnen; ergänzt durch einen Blick von der SPD und aus der Subkultur. Insgesamt führten wir zwölf ZeitzeugInnen-gespräche, die wir in der Broschüre dokumentieren, angereichert

durch alte Fotos und Zeitungsmeldungen. Ein Höhepunkt ist der vollständige BVV-Antrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Kreuzberg von 1983.

FÜR DIE GESCHICHTS-AG: DIRK BEHRENDT
DIE BROSCHÜRE KANN FÜR EINEN SELBSTKOSTENBEITRAG VON DREI EURO UNTER BUERO.BEHRENDT@GRUENE-FRAKTION-BERLIN.DE BESTELLT WERDEN.

Werner Orlowsky nahm in den 1970er Jahren den Kampf gegen die Stadtentwicklungspolitik des Berliner Senats auf und wurde 1981 als Parteilooser der bundesweit erste Baustadtrat für Bündnis 90/Die Grünen (damals noch die Alternative Liste) im Altbezirk Kreuzberg. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt im Jahr 1989 wandte er sich dem Osten der Stadt zu, baute eine MieterInnenberatung im Prenzlauer Berg auf und gründete das „Stadtforum von Unten“. Zu seinem 80. Geburtstag ehrten ihn die Grünen 2008 mit einem Empfang im Rathaus Kreuzberg.

Im Februar dieses Jahres starb Werner Orlowsky im Alter von 87 Jahren. Dazu sagten die Landesvorsitzenden Bettina Jarasch und Daniel Wesener:

„Berlin, Kreuzberg und wir Grüne haben Werner Orlowsky viel zu verdanken. Werner Orlowsky steht wie kein anderer für eine Stadtplanung und Wohnungspolitik, die sich den Bedürfnissen und Interessen der Menschen vor Ort verpflichtet fühlt. Er gilt zu Recht als der Vater der behutsamen Stadterneuerung und Pionier einer neuen Beteiligungskultur. Ihm verdankt der Stadtteil Kreuzberg das Ende der Abrisspolitik, den Erhalt zahlreicher Altbauten sowie den politischen Ausgleich zwischen der HausbesetzerInnenszene und dem Senat.“

Spandau

Neustart im Westen

Der Kreisverband Spandau steht vor einem Neustart. Sichtbares Zeichen: Ein neuer Vorstand. Seit dem 07. Februar 2016 besteht der Kreisvorstand aus Susanne Zissel (Vorsitzende), Bodo Byszio (stellvertretender Vorsitzender) Mandy Wiesjahn (Schriftführerin) und Philipp Kretzschmar (Beisitzer).

Neben Vorbereitung und Durchführung der Wahl der DirektkandidatInnen und der für die BVV Kandidierenden am 21. Mai 2016 ist es uns ein Anliegen, eine moderne und attraktive Anlaufstelle zu schaffen, in der alle Mitglieder und BesucherInnen willkommen sind, sich wohlfühlen und gemeinsam Pläne schmieden können.

Spandau ist vielfältig, Spandau ist toll! Wir haben die Alt- und die Neustadt, die Hochhaus-siedlungen in Staaken und im Falkenhagener Feld, aber auch die Gatower Rieselfelder, den Stadtforst sowie ausgedehnte Einfamilienhaus-siedlungen. Hier ist viel Platz für grüne Ideen! In unseren neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften entwickeln wir unser bezirkliches Wahlprogramm und moderne Wahlkampfstrategien, mit denen wir grüne Konzepte in



Der neue Spandauer Vorstand.
Foto: Stefanie Reisinger

Spandau bekannt machen und einen erfolgreichen Wahlkampf führen wollen. Unser BVV-Wahlergebnis von 12,5 Prozent bei der BVV-Wahl im Jahr 2011 wollen wir 2016 übertreffen.

Unter anderem plant der Kreisverband einen Wettbewerb "grüne Superheldin", ein Treffen zur Vernetzung der Kulturschaffenden im Bezirk, die gemeinsame Teilnahme

an der Fahrradsternfahrt am 05. Juni 2016, Aktionen, die gezielt Frauen ermutigen, sich auf ein politisches Amt zu bewerben, und vieles mehr!

All das bedeutet eine Menge Arbeit, aber wir sind überzeugt, dass es sich lohnt. Falls Ihr Lust habt: Kommt einfach mal vorbei! Wir freuen uns auf Euch!

VON GLEICH HINTER IKEA GRÜSSEN
SUSANNE, MANDY, BODO UND PHILIPP

Kontakt:

info@gruene-spandau.de
www.gruene-spandau.de
Telefon: 335 97 14

Nächste KV-Sitzungen:

13. und 27. Juni, 20 Uhr
Ort bitte erfragen

Treptow-Köpenick

Gewerbestandorte intelligent entwickeln



Das Gebiet des Rangierbahnhofs Schöneweide
Quelle: Geoportal Berlin

Wir fordern eine nachhaltige Entwicklung und Revitalisierung existierender Gewerbestandorte. Denn einerseits droht in Schöneweide Flächenfraß von rund 45 Hektar durch ein geplantes Gewerbegebiet, andererseits werden Gewerbe, Kunst und Arbeitsplätze auf dem Areal

der „Rathenau-Hallen“ durch Wohnungsbau aufs Spiel gesetzt.

Das Areal des einstigen Rangierbahnhofs Schöneweide soll nahezu vollständig bebaut werden, obwohl sich hier ein Naturparadies entwickelt hat. Auf dem Bahnareal bieten gesetzlich geschützte Biotope Zauneidechse, Feldhase und dem wohl letzten Brutpaar des Brachpiepers ein Refugium. Bei der enormen ökologischen Bedeutung hätten wir uns zumindest nur eine ressourcenschonende Randbebauung gewünscht.

In Schöneweide werden blühende Landschaften durch den Bau von Gewerbe zerstört – an den „Rathenau-Hallen“ hingegen ist ein florierendes Gewerbegebiet durch den Bau von Wohnungen bedroht. Eine Ausweisung von Wohnflächen im Bebauungsplan „Rathenau-Hallen“ würde dort ansässige Unternehmen und KünstlerInnen gefährden. Bei solchen Nutzungskonflikten hat der Schutzanspruch der BewohnerInnen meist Vorrang. Wir befürchten jedoch, dass Begehrlichkeiten bei InvestorInnen auf

den angrenzenden Grundstücken geweckt werden und einen Dominoeffekt in dem denkmalgeschützten Industrieensemble entlang der Spree auslösen. Leider sprachen sich die Bezirksverordneten mehrheitlich dafür aus, Wohnnutzungen im Bebauungsplan auszuweisen, mit der vagen Forderung, das dortige Gewerbe nicht zu gefährden. Dabei ist Treptow-Köpenick bereits Klassenbester beim Wohnungsneubau. Zwei der geplanten zwölf neuen Berliner Stadtquartiere befinden sich im Bezirk.

Konflikte zwischen Wohnen und Gewerbe sind berlinweit bekannt und sollten lehrreich sein. Klar, wir benötigen Wohnungsbau – aber nicht an diesem Standort. Die Menschen müssen schließlich nicht nur wohnen, sondern auch leben, arbeiten und sich erholen können. Eine intelligente Stadtentwicklung im Sinne aller Interessen, der BewohnerInnen und der Stadtnatur sieht anders aus!

ANDREA GERBODE
VORSITZENDE FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER
BVV TREPTOW-KÖPENICK

Friedrichshain-Kreuzberg

Gerhart-Hauptmann-Schule wird zum Erfolg



Große Aufregung herrschte noch vor einiger Zeit, wenn über die Gerhart-Hauptmann-Schule gesprochen wurde. Über den neuen Campus Ohlauer Straße, der dort nun entsteht, wird weniger gesprochen – aber er ist ein grüner Erfolg auf ganzer Linie.

Die Schule selbst wird zu einer Notunterkunft für

RBB-Reporter Ulli Zelle berichtet von der Gerhart-Hauptmann-Schule.
Foto: sebaso_bln, CC-BY-SA 4.0

besonders Schutzbedürftige. Insbesondere Schwangere und junge Mütter mit ihren Familien werden dort ankommen dürfen, bis es genug Wohnraum und Gemeinschaftsunterkünfte gibt. Doch dies ist noch lange nicht genug. Auf der ehemaligen Schulhoffläche der Gerhart-Hauptmann-Schule entsteht das „Integrative Wohnprojekt Campus Ohlauer“. Ein Campus für den Kiez, mit Platz für soziale Träger, für die Else-Ury-Bibliothek, Wohnungen für Menschen mit Betreuungs-

Marzahn-Hellersdorf

Stadtteilmütter gegen Mutlosigkeit

Es ist beschämend: Es gibt keine größere Gefahr, in Deutschland unter die Armutsgrenze zu fallen, als alleinerziehend zu sein. Das sieht man in Berlin am stärksten in Marzahn-Hellersdorf. 37,1 Prozent aller Familien sind hier Ein-Elternhaushalte. Die Konsequenz für die Kinder: In Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord leben etwa 60 Prozent von Leistungen nach dem SGB II, auch Hartz IV genannt.

Diese Kinderarmut hat nicht nur materielle Folgen. Die Kinder haben bei ihrer Einschulung erhebliche motorische, kognitive und sprachliche Defizite – trotz Kindergartenbesuch.

Immerhin hat der Bezirk das Netzwerk Alleinerziehende mit 13 Anlaufstellen im Bezirk ermöglicht, das wir vor wenigen Wochen besucht haben. Hier erfahren die Familien Unterstützung bei der Suche nach Kita-, Arbeitsplatz und bezahlbarem Wohnraum. Es war ermutigend zu hören, dass gut ausgebildete Alleinerziehende nun schneller einen Job finden. Aber viele Alleinerziehende suchen nicht aus

eigener Initiative Hilfe. Gerade die Mutlosen kommen nicht selbst. Für sie und ihre Kinder brauchen wir andere Angebote.

Wir sind der Ansicht, dass Stadtteilmütter eines dieser Angebote sind. Stadtteilmütter beraten qualifiziert Familien zu Themen wie gesunder Ernährung, Schulsystem und gewaltfreier Erziehung. Sie sprechen die Eltern etwa auf dem Spielplatz an, besuchen sie zu Hause und agieren auf Augenhöhe. Wir möchten das Konzept an Marzahn-Hellersdorf anpassen und werden mit der bündnisgrünen BVV-Fraktion und AkteurInnen vor Ort weiter an der Umsetzung arbeiten.

Alleinerziehende benötigen über diese Unterstützung hinaus im Alltag bessere Rahmenbedingungen. Wir streben eine Reform des Unterhaltsvorschlusses an, damit Kinder, deren – zumeist – Väter ihre Zahlungspflichten verletzen, nicht abgehängt werden. Und wir müssen eine gerechte Familienförderung erreichen: weg vom Ehegattensplitting hin zur Kindergrundsicherung, die Familienarmut abbaut.



Der rote Schal als Kennzeichen für Stadtteilmütter
Foto: Serge Melki/CC BY 2.0

CORDULA STREICH
GESCHÄFTSFÜHRERIN
KV MARZAHN-HELLERSDORF
LISA PAUS, MdB

bedarf, Veranstaltungsräumen und für Geflüchtete.

Im Erdgeschoss findet die Kinder- und Familienbibliothek ihren Platz. Barrierefrei und doppelt so groß wie bisher. Damit nicht nur Bücher ausgeliehen werden können, sondern ein moderner Raum zum Lesen, Lernen und Arbeiten für alle entsteht. Daneben Gemeinschaftsräume, die nicht nur für die BewohnerInnen, sondern auch für NachbarInnen zugänglich sein sollen. Vielleicht für Diskussio-

nen, Treffen oder Sprachkurse. Insgesamt tausend Quadratmeter sind für eine gemeinschaftliche Nutzung vorgesehen.

Es wird Platz geschaffen für etwa 200 Geflüchtete und etwa 20 wohnungslose Frauen sowie 130 Wohnungen mit einer Größe zwischen 45 und 70 Quadratmetern zu bezahlbaren Preisen. Besondere Highlights sind, neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die geplante Fahrradtiefgarage und das begrünte Dach.

Statt Monokulturen von Wohnungsneubauten, Containerlösungen oder Prestigebauten setzt das grüne Bezirksamt auf kleinteilige, vernetzte Strukturen, die die Bedürfnisse von AnwohnerInnen und Neuankömmlingen aufgreifen, Nachbarschaft befördern und Raum für Begegnung bieten

JANA BORKAMP
STADTRÄTIN FÜR FINANZEN,
KULTUR UND WEITERBILDUNG,
WERNER GRAF

Die Senatskanzlei, McKinsey und ein Ex-Staatssekretär

Affäre Diwell

Die Vorlage an den Hauptausschuss Mitte Februar ließ die ganze Tragweite nur erahnen: Der Senat informierte lapidar über eine Auftragsvergabe an die Unternehmensberatung McKinsey, die für 200 000 Euro netto einen „Masterplan Integration & Sicherheit“ erstellen sollten. Obwohl knapp unter der Grenze für die europäische Ausschreibungspflicht (207 000 Euro netto), wäre dennoch die Einholung von mindestens drei Angeboten obligatorisch gewesen – so ist es für freiberufliche Leistungen vorgeschrieben.

Aber Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei, begründete die Direktvergabe damit, dass einzig McKinsey in der Lage sei, diesen Masterplan zu erstellen. Damals wie heute ist dies die zentrale Frage an dem Vorgang, denn darlegen konnte der Senat seine Argumentation nicht. Und da McKinsey zuvor bereits unentgeltlich für den Senat tätig war, um die Prozesse am LAGeSo zu optimieren, hatte der Auftrag ein deutliches „Geschmäckle“.

Dieser Eindruck verstärkte sich, als bekannt wurde, dass der ehemalige Staatssekretär Lutz Diwell (SPD) den größten Teil des Masterplans geschrieben haben soll. Als Unterauftragnehmer von McKinsey, angeblich gänzlich ohne Einflussnahme des Senats. Die B.Z. sprach fortan vom Roten Filzhaus und der Slogan der SPD „Füreinander“ erhielt eine ganz neue Bedeutung.

Inzwischen argumentiert Björn Böhning vor allem mit der Notlage, vor der man zum Jahreswechsel durch die Flüchtlingszahlen stand. Dabei hat doch der Senat sich selbst in eine Notlage gebracht, weil er zu lange viel zu zögerlich gehandelt hat. „Erst lässt man Dinge schleifen, dann müssen die Freunde

helfen“, habe ich diese Argumentation gegenüber der Berliner Morgenpost kommentiert.

Die Befragung des Regierenden im Plenum am 17. März, eine fünfstündige Ausschuss-Sondersitzung mit Björn Böhning am 23. März, die Beantwortung unseres umfangreichen Fragenkatalogs und mehrere Akteneinsichten lassen nach wie vor viele Fragen offen. Auch die, in welchem Umfang Lutz Diwell, der inzwischen aufgrund des Vorgangs aus der SPD ausgetreten ist, von diesem Auftrag profitierte. Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob sie Ermittlungen aufnimmt.

NICOLE LUDWIG, MDA
SPRECHERIN FÜR WIRTSCHAFT,
HAUSHALT UND TOURISMUS



Rot-Schwarz lehnt Karenzzeit für SenatorInnen ab

Gefahr von Absprachen bleibt

begrenzt. Die Mehrheit von SPD und CDU hat nun nach mehr als zwei Jahren Beratung einen entsprechenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Worum geht es? Stellen wir uns einen Senator vor, der während seiner Amtszeit über den Antrag eines privaten Unternehmens auf Erteilung einer Genehmigung zu entscheiden hat. Und stellen wir uns weiter vor, es kommt folgende Verabredung zwischen dem Senator und dem Unternehmen zustande: Deine Senatsverwaltung erteilt mir die Genehmigung und dafür fällst Du weich, wenn Deine Amtszeit einmal endet: Wir finden dann eine lukrative „Anschlussverwendung“ für Dich.

Um solche Verabredungen zumindest zu erschweren, wollen wir eine „Abkühlphase“ von zwei Jahren gesetzlich festschreiben und damit erreichen, dass zumindest in der Zeit nach Ausscheiden aus dem Amt keine unmittelbare „Anschlussverwendung“ stattfindet. Schwierig sind dabei jene Bereiche, die mit dem Zuständigkeitsbereich

der Senatsverwaltung im engen Zusammenhang stehen. Die Rückkehr in den angestammten Beruf ist dagegen völlig unproblematisch: Wenn beispielsweise Senator Heilmann nach seiner Tätigkeit als Justizsenator wieder zu Scholz & Friends geht, wollen wir ihm das nicht verweigern.

Die Behauptung der Koalition, unser Gesetzentwurf würde gegen die Berufsfreiheit verstoßen, ist nicht stichhaltig: So hat der Bundestag kürzlich eine Karenzzeit für BundesministerInnen eingeführt. Und auch in Brandenburg ist eine entsprechende Regelung im Januar 2016 in Kraft getreten.

Die Koalition hat unserem Vorschlag schließlich entgegengehalten, er würde verhindern, dass wir die Besten für die Berliner Landesregierung gewinnen. Mit Blick auf den amtierenden Senat lässt sich nur sagen: An der Karenzzeit liegt es kaum, wenn dies misslingt.

DIRK BEHRENDT, MDA
RECHTSPOLITISCHER SPRECHER

In Berlin wird es auch in Zukunft keine Karenzzeit für SenatorInnen geben, die den Übergang aus einem Amt in eine neue Position reglementiert und damit Interessenkonflikte

Stromnetz

Senat macht fifty-fifty mit Vattenfall

Die neue Linie der SPD in der Energiepolitik lautet: Das Land gestaltet Berlins Energieversorgung gemeinsam mit den Kohle- und Atomkonzernen. Das erklärte Ziel des Senats ist es, das Stromnetz in einer gemeinsamen Gesellschaft mit Vattenfall zu besitzen, in der beide jeweils 50 Prozent halten. Dafür schmeißt der Senat die Energiegenossenschaft „Bürger Energie Berlin“ aus dem Konzessionsverfahren, dem bleiben nur noch das Land und Vattenfall übrig.

Die Stromkonzession – also das Recht, Stromleitungen unter öffentlichem Land betreiben und nutzen zu können – ist Ende 2014 ausgelaufen. Zum 01. Januar 2015 hätte der Senat einen neuen Konzessionär auswählen müssen, der dann das Stromnetz hätte kaufen dürfen. Der Termin ist seit 20 Jahren bekannt. Trotzdem hat der Senat es nicht geschafft, die neue Konzession rechtzeitig auszuschreiben und selbst eine starke Bewerbung abzugeben.

Die Gasnetzkonzession ist schon ein Jahr früher ausgelaufen. Hier ist der Re-Kommunalisierungskurs des Senats gescheitert. Mit teuren Gerichtsverfahren versucht er jetzt, dieses Versagen zu verschleiern. Hinter den Kulissen verhandelte er mit Eon, um das Gasnetz und die Gasag hintenum gemeinsam mit diesem Atomkonzern zu übernehmen und in vier Teile zu zerschlagen. Wir Grünen lehnen einen solchen Einstieg des Landes in den Handel mit

fossilem Gas ab und die Zerschlagung der Gasag ebenso.

Beim Stromnetz will der Senat jetzt Fakten schaffen. Er will das Konzessionsverfahren so beschleunigen, dass auch eine neue Landesregierung um Vattenfall nicht mehr herumkommt. Beim Stadtwerk, bei der Gasag und bei der Fernwärme, wo die SPD ebenfalls die Partnerschaft mit Atomkonzernen sucht, ist es noch nicht zu spät. Klimaschutz gelingt nur, wenn

wir Grüne ein starkes, zu 100 Prozent landeseigenes Stadtwerk durchsetzen und sicherstellen, dass der Senat sich nicht auf Public-Private-Partnerships mit Energiekonzernen einlässt, in denen diese wichtige Investitionen blockieren können.

MICHAEL SCHÄFER, MDA
SPRECHER FÜR ENERGIEPOLITIK

Ladenöffnungszeiten

I love my Späti – jeden Tag

Spätis gehören zu Berlin wie die Currywurst und der Fernsehturm. Wenn immer mehr von ihnen verschwinden, weil die InhaberInnen nicht mehr genug erwirtschaften, um sich und ihre Familien zu ernähren, verschwindet auch ein vitales Stück Kiezkultur. Das wollen wir verhindern.

Das Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen bedroht viele Spätkauf-BetreiberInnen in ihrer Existenz. Sie werden von einigen PolizistInnen kontrolliert und bei Verstößen folgt ein saftiges Bußgeld. Allein in Neukölln hat ein Polizist fast im Alleingang im letzten Jahr Geldbußen von ca. 70 000 Euro verhängt. Mit Späti-BetreiberInnen, Polizei, Ordnungsamt und IHK haben wir im Laufe unserer grünen Späti-Dialoge darüber gesprochen, wie das Problem gelöst werden könnte. Die Neuköllner Bürgermeisterin Giffey (SPD) verweist auf die bestehende Rechtslage und fügt süffisant hinzu, wer diese ändern wolle,

könne sich gerne mit Kirchen und Gewerkschaften anlegen.

Wir bezweifeln, dass dies notwendig ist. Stattdessen fordern wir, eine Definition von Spätis in die Erläuterungen des Berliner

I  my
Späti

Ladenöffnungsgesetzes aufzunehmen, damit sie nicht behandelt werden wie ein normaler Einzelhandel oder Supermarkt. Ein entsprechender Antrag wurde von uns ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Darin fordern wir den Senat auf, dies umgehend zu tun und darüber hinaus zu prüfen, ob für Spätis nicht auch die Regelung zum Tourismusbedarf gilt, die eine Sonntagsöffnung für bestimmte Läden ermöglicht. Interessanterweise gibt es schon einige Sonderregelungen, etwa für Grill- und Brezelboote auf den großen Seen. Nicht zu vergessen sind Tankstellen und Bäckereien, die ebenso wie die Gastronomie ganz selbstverständlich an allen Tagen geöffnet haben.

Nun liegt es an der Koalition und der zuständigen Senatorin Dilek Kolat (SPD), Spätkauf-Läden mit anderen sonntags geöffneten Verkaufsstellen gleich zu setzen. Das wäre nur fair.

ANJA KOFBINGER, MDA

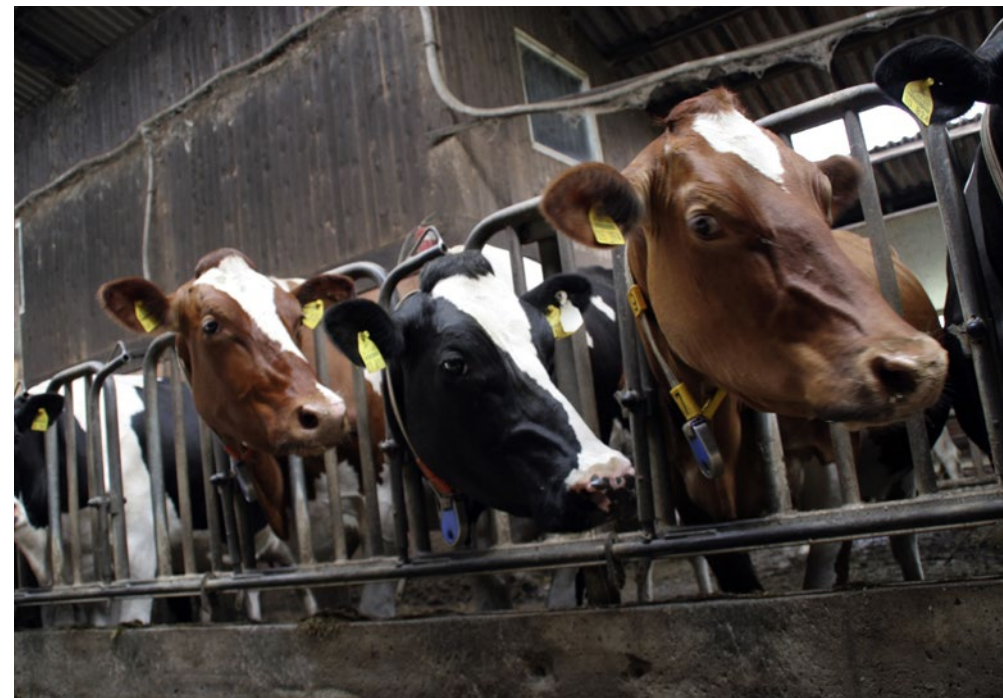
Christine Dörner

Christine Dörner war eine der „AktivistInnen“ zu Gründungszeiten der Grünen, Anfang der 80er Jahre. 1981 trat sie der Alternativen Liste bei, wie Bündnis 90/Die Grünen in Berlin damals hießen. Dort war sie zwischen 1984 und 1986 Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss – was dem heutigen Landesvorstand entspricht. Vor allem aber hat Christine das Gesicht der „Stachligen Argumente“ geprägt. Über zwanzig Jahre lang war sie Mitglied der Redaktion. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die „Stachligen Argumente“ zu einer interessanten und „nachdenkswerten“ Zeitschrift für die grünen Mitglieder in Berlin wurden. Auch nach ihrem Ausscheiden war sie der Redaktion als freie Mitarbeiterin verbunden. Christine ist Anfang April viel zu früh, im Alter von fast 63 Jahren, gestorben. Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie und ihren FreundInnen.

DIE REDAKTION

Massentierhaltung und die Folgen

Wo wächst mein Fleisch?



Vorher ...

Das wollten Dr. Turgut Altug, Sprecher für VerbraucherInnen- und Naturschutz und Claudia Hämmerling, Sprecherin für Tierschutz, wissen und luden zusammen mit der Albert-Schweitzer-Stiftung ExpertInnen und interessierte BerlinerInnen am 11. März 2016 zu einer Tagung ins Berliner Abgeordnetenhaus. Auf zwei Panels wurde kontrovers über Massentierhaltung und ihre Folgen sowie über individuelle Gründe für und gegen den Konsum tierischer Produkte diskutiert.

Mit einer Fleischproduktion von 8,2 Millionen Tonnen – das sind 750 Millionen tote Tiere pro Jahr – ist Deutschland vom Importeur zum Exporteur von Fleisch geworden. Die mit Steuergeldern subventionierte Überproduktion trägt dazu bei, dass die lokalen Viehwirtschaften im globalen Süden zerstört werden und verstärkt damit paradoxerweise den weltweiten Hunger. Sie führt aber auch zu jährlich 191 Millionen

Kubikmetern Gülle, die als Düngemittel verwendet werden und letztlich im Grundwasser landen. Zwar ist die Menge der eingesetzten Antibiotika zurückgegangen, zunehmend kommen jedoch sogenannte Reserveantibiotika zum Einsatz, die eigentlich dem Kampf gegen besonders resistente Keime vorbehalten sein sollten.

Viele Gründe, die dazu führen, dass immer mehr Verbrauche-

rInnen wissen wollen, wo und wie ihr Fleisch „wächst“ oder gleich gänzlich auf den Konsum von Fleisch oder tierischen Produkten verzichten wie die 7,8 Millionen VegetarierInnen und 900 000 VeganerInnen in Deutschland. Die Berliner Landespolitik ist aufgerufen, hier endlich Verantwortung zu übernehmen und

➤ den Anteil regionaler und ökologischer Lebensmittel in den Kitas, Schulen, Mensen und Kantinen der Stadt zu verdoppeln;

➤ den Landwirtschaftsstaatsvertrag mit Brandenburg neu zu verhandeln und um die Förderung der artgerechten Haltung von Nutztieren in der Region zu ergänzen;

➤ sich für Transparenz vom Stall bis zum Teller durch eine verbindliche Kennzeichnung von Fleischprodukten einzusetzen, wie wir sie bereits bei frischen Eiern kennen.

DR. TURGUT ALTUG, MDA
SPRECHER FÜR NATUR- UND VERBRAUCHERINNENSCHUTZ, UMWELT- UND NATURBILDUNG

ALEXANDER KLOSE
REFERENT FÜR RECHT, DEMOKRATIE, MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK, VERBRAUCHERINNEN- UND NATURSCHUTZ



...nachher?

Lokale AnsprechpartnerInnen

Reinickendorf

Brunowstr. 49, 13507 Berlin
Tel.: 80926899 – Fax: 902942191
kreisverband@gruene-reinickendorf.de
www.gruene-reinickendorf.de

Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin
Tel.: 50180339
buero@gruene-pankow.de
www.gruene-pankow.de

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de

Mitte

Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin
Tel.: 54468299
mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de

Spandau

Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 3359714 – Fax: 3360273
info@gruene-spandau.de
www.gruene-spandau.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Str. 60/61
10627 Berlin
Tel.: 86423300 – Fax: 31808128
kv@gruene-cw.de
www.gruene-cw.de

Steglitz-Zehlendorf

Berliner Str. 57, 14169 Berlin
Tel.: 85074153 – Fax: 85074154
kreisverband@gruene-suedwest.de
www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1
10827 Berlin
Tel.: 53604146
kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin
Tel.: 67120812 – Fax: 67120811
info@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de

Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin
Tel.: 65494230
treptow-koepenick@gruene-berlin.de
www.gruene-treptow-koepenick.de

Lichtenberg

Münsterlandstraße 33, 10317 Berlin
Tel.: 32534239 – Fax: 40036820
buero@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de

Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin
Tel.: 5414019 – Fax: 70248895
info@gruenemarzahnellersdorf.de
www.gruenemarzahnellersdorf.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin
Tel.: 6143146 – Fax: 6143142
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Inhaltliche AnsprechpartnerInnen

Bildung

14täglich mittwochs um 19:30 im AGH*
Stefanie Remlinger, Karsten D. Gloger
stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
karstendirck@web.de

Bio- und Gentechnik

jeden 3. Montag im Monat um 19:00
im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Eric Meyer
eric_meyer_m.sc@hotmail.de

Bündnisgrüne ChristInnen

jeden 3. Donnerstag im Monat um
19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow,
Pappelallee 82 oder im AGH*
Alexander Barthel
lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte

14täglich montags um 19:30 im AGH*
Daniela Ehlers, Bernhard Kern
demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik

jeden 4. Mittwoch im Monat 20:00 im
Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Jan Fähmann, Silke Kolwitz
lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de

Energie Brandenburg Berlin

jeden 4. Mittwoch im Monat um 19:00,
Ort bitte erfragen
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Europa Berlin Brandenburg

14täglich montags um 19:00 im AGH*
Sibylle Steffan, Torben Wöckner
lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik

jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS
Julia Dittmann, Julia-Maria Sonnenburg
lag.frauen@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales

monatlich mittwochs, 19:00, LGS
Andreas von Brandt, Julija Uzinova

Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen, jeweils von
19:00 bis 21:00 im AGH*
Wolfgang Schmidt, Michael Haberkorn
wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de
michael.haberkorn@gruene-berlin.de

Kultur

jeden 3. Mittwoch im Monat und in
unregelmäßigen Abständen „Kultur
on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.
Antonia Simon, Henry Arnold
antoniasimon@gmx.de
mail@henryarnold.de

Medien

jeden 4. Mittwoch im Monat 19:30/AGH*
Uta Belkuis, Angelo D'Angelico
uta.belkuis@gruene-berlin.de
ada@gruene-berlin.de

Migration

jeden 4. Donnerstag im Monat im AGH*
Filiz Keküllüoglu, Frank Strobel
migration@gruene-berlin.de

Mobilität

jeden 1. Mittwoch im Monat,
Ort und Termin bitte erfragen
Matthias Oomen
lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag im Monat,
Ort und Termin siehe Webseite
Thomas Künstler
netzpolitik@gruene-berlin.de

Planen, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

i.d. Regel am 2. Mittwoch im Monat
um 18:00 im AGH*
Julia Gerometta, Martin Reents
lag-bauen@gruene-berlin.de

QueerGrün

jeden letzten Mittwoch im Monat
um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Maria Meisterernst, Ulli Reichardt
queer@gruene-berlin.de

Säkulare Grüne

jeden ersten Mittwoch im Monat
um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Jürgen Roth, Gudrun Pannier
juergenroth@t-online.de
g.pannier@pannier-schulungen.de

Umwelt

jeden 4. Montag im Monat, 19:00 im AGH*
Marion Hasper, Johanna Ferretti,
Sönke Hellberg
marion.hasper@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen

14täglich donnerstags, 19:00 in der
Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch
lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft

jeden 1. Mittwoch im Monat
um 18:30 im AGH*
Eva Marie Plonske, Michael Greiner
eva.plonske@gruene-berlin.de
michael.greiner@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin

jeden Montag ab 19:00 in der
Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain
Emma Sammet, Patrick Grünhag
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gj-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts

jeden 3. Mittwoch im Monat
um 19:30, Ort bitte erfragen
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch
carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de
daniel.gollasch@gruene-berlin.de

GewerkschaftsGrün

jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die
Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9
Linda Guzzetti
info@gewerkschaftsgruen-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen

i.d. Regel am 3. Mittwoch im Monat
um 19:00 im AGH*
Joachim Behncke
ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Sport

am 3. Donnerstag im Monat 18:00 im AGH*
Anja Schillhaneck
anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de

AG Tierschutzpolitik

alle 2 Monate am letzten Mittwoch im
Monat um 19:00 im AGH*
Christina Söhner
christina.soehner@gmx.de

AG Verbraucherschutz

Ort und Zeit bitte erfragen
Turgut Altug
turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

* Abgeordnetenhaus von Berlin,
Niederkirchner Str. 5

Termine

05.06.
Brandenburger Tor
**Sternfahrt und
Umweltfestival**

11.06. – 14:00 Uhr
S-Bahnhof Adlershof
**Berliner Mauer-
streifzüge 2016**
Weitere Routen alle 2
Wochen bis 03.09.

19.06. – 14:00 Uhr
Oranienplatz
**Hand in Hand gegen
Rassismus für Menschen-
rechte und Vielfalt**
Bundesweite Menschenkette

02.07. – 14:00 Uhr
Rummelsburger Bucht
Solarer Sonnabend

03.07. – 19:00 Uhr
Strandbad Weißensee
**Sommerfest des
Kreisverbands Pankow**

13.07. – 19:30 Uhr
Bundesgeschäftsstelle
Landesausschuss

23.07. – 12:30 Uhr
Kurfürstendamm
Christopher Street Day

03.09.
Park am Gleisdreieck
Diner en Vert

04.09.
Landtagswahl in
**Mecklenburg-
Vorpommern**

16.09. – 16:00 Uhr
Wahlkampfhöhepunkt

18.09. – 18:00 Uhr
erwerk
Wahlparty

Weitere Termine
unter gruene.berlin/termine

DEINE SPENDE FÜR DAS VOLLE PROGRAMM BERLIN!

Wir brauchen Deine Unterstützung – damit unser Berlin so bleiben kann, wie wir es lieben:
modern, lebenswert und weltoffen. Mit jedem einzelnen Euro hilfst Du uns dabei, mehr
Wahlkampfmaterial produzieren zu können und somit mehr WählerInnen zu erreichen.

Folgende Beispiele zeigen Dir, was Du mit Deiner Spende bewirken kannst:



(Es handelt sich hierbei um Richtwerte.)

Spendenkonto: DE 62 1005 0000 0640 0200 70 – BELADEBEXXX

Online-Spende: <https://gruene-berlin.de/spendenformular>

Fragen: 030 615 00 5-38

IMPRESSUM

2/2016, 38. Jg., Nr. 196

Herausgeber

Bündnis 90/Die Grünen Berlin
Redaktionsanschrift
Tel: +49 30 61 50 05-0 (LGS),
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Auflage 5 000

Redaktion

Annette Heppel, Detlef Fritz (-tz, df),
Matthias Tang (V.i.S.d.P.)
Layout & Cover
Kalle Erlacher kalle@kaerl.de

Redaktionsschluss

2. Mai 2016
Leserbriefe bitte per Email senden an:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de
Die einzelnen Beiträge der AutorInnen
geben die Meinung der jeweiligen Ver-
fasserInnen wieder und nicht notwendi-
gerweise die der Redaktion.

Verkehr – Wahlkampf – Flucht

BERLIN IN BEWEGUNG



» Mieterstadt Berlin:
Mehr sozialer Wohnungsbau ist nötig

» Gesundheitsstadt Berlin:
Bessere Versorgung direkt im Kiez